

Personalentwicklungs- programm (PEP) bis 2005

für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Beschäftigung
Personalausgaben
Personalstruktur
Stellen

Einleitung

Die Koalitionsvereinbarung für die 15. Legislaturperiode sieht vor, die Zuwachsrate der Personalausgaben durch personalwirtschaftliche Maßnahmen entsprechend einem Äquivalent von 250 Vollkräften auf jahresdurchschnittlich 1,3 % zu beschränken und dabei zumindest tendenziell das Volumen öffentlicher Beschäftigung und Ausbildung (Personalbestand) aufrecht zu erhalten. Unter Berücksichtigung der teilweise entlastenden Effekte der Lohnrunde 2000 sind die ab 2003 im Finanzplanungszeitraum noch entstehenden Tarif- und Besoldungseffekte durch Beschluß des Senats vom 5. Dezember 2000 von 1,5 % auf 1 % reduziert worden, so dass die im Finanzrahmen dargestellten jahresdurchschnittlichen Steigerungsraten auf 0,9 % sinken. Da die Minderausgaben 2000/2001 bei den zentral veranschlagten Personalausgaben im Umfang von rd. 40 Mio. DM einer Rücklage zur Abmilderung der evtl. über 1 % hinausgehenden Tarifeffekte zugeführt wurden, werden die dann ggf. höheren Ausgaben (bis zu 1,5 %) über die Rücklagenentnahmen in den Jahren 2003 und 2004 gedeckt.

Die Bündelung von bestehenden und neuen Maßnahmen der Personalwirtschaft und der Personalentwicklung sowie die Weiterentwicklung des Personalcontrollings und des dazugehörigen Datenbanksystems PuMa auf einen heute in Konzernen üblichen Standard dienen dem Zweck, diese Sanierungsbeiträge des Personals zu realisieren. Unterstützend hierfür sind mit dem vorgenannten Senatsbeschluß weitere rd. 18 Mio. DM der Rücklage zur Finanzierung personalwirtschaftlicher Umbaumaßnahmen zugeführt worden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Sanierungsbeiträge in den vergangenen sieben Jahren und die Konkretisierung der Vorgaben hinsichtlich der (ausgliederungsbereinigten) Veränderungen des Beschäftigungsvolumens und der Zielzahlen im Kernbereich der bremischen Verwaltung für die kommenden fünf Jahre. Die bislang erzielten Volumensreduzierungen entsprechen bei jahresdurchschnittlichen Personalausgaben von rd. 42.000 € pro Vollkraft einem jährlichen Wert von rd. 140,7 Mio. € und haben den Stand der Neuverschuldung um knapp 500 Mio. € verringert.

Tabelle 1: **Sanierungsbeitrag des Personals**

Jahr	Änderung des Beschäftigungsvolumens ^{*)} gegenüber 1993		Einsparungen	
	jährlich	kumuliert	jährlich	kumuliert
	Vollkräfte		Mio. €	
1994	-323	-323	-11,8	-11,8
1995	-445	-768	-28,5	-40,2
1996	-438	-1.206	-45,4	-85,6
1997	-574	-1.780	-68,5	-154,2
1998	-470	-2.250	-88,7	-242,9
1999	-552	-2.801	-113,2	-356,1
2000	-555	-3.356	-140,7	-496,8

*) Kernbereich einschl. Raumpflege; Ausgliederungsstand 2001

Tabelle 2: **Beschäftigungsentwicklung 1993 bis 2005**

Kernbereich	Dez 93	Dez 00	Dez 05	Veränderung		
				1993/ 2000	2000/ 2005	1993/ 2005
Zielzahlen	19.040	16.609	15.324	-12,8%	-7,7%	-19,5%
Beschäftigungsvolumen	19.288	16.507	15.324	-14,4%	-7,2%	-20,6%
<i>darunter: normale PEP-Bereiche</i>						
Zielzahlen	9.355	7.661	6.746	-18,1%	-11,9%	-27,9%
Beschäftigungsvolumen	9.470	7.568	6.746	-20,1%	-10,9%	-28,8%
Personalbestand *)	26.280	22.351	21.457	-15,0%	-4,0%	-18,4%

*) Beschäftigte einschl. Raumpflege, Auszubildende, Refinanzierte, ABM sowie Abwesende.

Die vorstehende Tabelle verdeutlicht auch die Kontinuität in der Entwicklung der Zielzahlen und des Beschäftigungsvolumens. Sie macht darüber hinaus auf eine zunehmende Differenz zwischen der allgemeinen Entwicklung im Kernbereich und den „normalen“ PEP-Bereichen aufmerksam, die sich im wesentlichen dadurch ergibt, dass verschiedene Personalbereiche von PEP-Einsparungen ausgenommen sind.

Es ist ein weiteres Ziel der Personalplanung trotz Haushaltskonsolidierung die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu stabilisieren. Im Ergebnis soll die Zahl der Beschäftigten bis 2005 in einem weitaus geringerem Maß sinken als das Beschäftigungsvolumen (-7,2%). Das diesbzgl. Maßnahmen- und Aktivitätenbündel wird zur Zeit für die im Rahmen der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung eingerichtete Steuerungsgruppe Personalmanagement aufbereitet. Unter anderem sind darin folgende Aspekte enthalten:

- Begrenzung künftiger Versorgungslasten durch rechtliche Änderungen und die Entwicklung neuer Steuerungsmodelle
- Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen beim Zugang zum ÖD
- Offensive Nutzung aller Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten
- Rücklagenbildungen
- Bonus-Malus-System bei der Stellenplanung
- Innovative Ausbildungskonzepte
- Erweiterung der Beschäftigungsstatistik und der Bilanzierung

1. Personalausgaben bis 2005

Für den Sanierungszeitraum gilt das Ziel, die (ausgliederungsbereinigten) Personalausgaben **ohne** kostensteigernde Effekte (insbesondere Tarifabschlüsse) auf dem Niveau von 1999 **konstant** zu halten und die kostensteigernden exogenen Effekte ab 2003 auf 1 % pro Jahr bei den Dienst- und Versorgungsbezügen zu beschränken.

Dabei sind durch die Steuerung der Entwicklung der Dienstbezüge die Mengen- und Struktureffekte in den Personalhaushalten, insbesondere bei den Beihilfe- und Versorgungsausgaben zu kompensieren.

Die nachstehende Tabelle zeigt, daß die Personalausgaben 2005 (ohne Kostensteigerungen) nahezu exakt dem Ausgaben-Niveau von 1999 entsprechen und der **Ausgabenzuwachs** mit exogenen Kostensteigerungen in den Jahren 2000 bis 2005 auf durchschnittlich 0,9 % begrenzt wird. Dieses ist um so bemerkenswerter als auch 1999 bei den Personalausgaben deutlich Minderausgaben erzielt wurden.

Tabelle 4: **Entwicklung der Personalausgaben bis 2005**

Jahr	Bezüge der Beschäftigten	Versorgungsbezüge	Beihilfen	Sonstiges	Summe	Kostensteigerungen*	HH 02/03	Insgesamt
	Gruppen 422/5/6	Obergruppe 43	Obergr. 44				Beratung	
Mio. €								
1999	803,6	249,4	39,5	15,5	1.108,0	0,0		1.108,0
2000	785,4	259,2	38,4	16,7	1.099,8	0,0		1.099,8
2001	796,8	266,7	42,8	18,2	1.124,4	15,2		1.139,7
2002	792,7	285,3	42,2	20,8	1.141,0	4,0	-0,1	1.144,9
2003	785,7	294,8	43,4	20,4	1.144,3	10,4	2,9	1.157,6
2004	771,7	303,1	44,6	18,6	1.138,0	23,6	-0,6	1.161,0
2005	759,8	311,7	45,9	18,5	1.135,9	35,5	-0,6	1.170,8
Jahr	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
2000	-2,3%	4,0%	-2,8%	8,0%	-0,7%			-0,7%
2001	1,4%	2,9%	11,4%	8,9%	2,2%			3,6%
2002	-0,5%	7,0%	-1,4%	14,0%	1,5%			0,5%
2003	-0,9%	3,3%	2,9%	-1,8%	0,3%			1,1%
2004	-1,8%	2,8%	2,8%	-8,7%	-0,6%			0,3%
2005	-1,5%	2,8%	2,8%	-0,4%	-0,2%			0,8%

* Tarif- und Besoldungs- sowie Sozialversicherungseffekte bei den Dienst- und Versorgungsbezügen

Die vorstehende Tabelle zeigt auch die deutliche **Verschiebung**, die aufgrund des Ziels der endogenen Konstanz innerhalb der Personalhaushalte und -eckwerte mittlerweile stattgefunden hat. Während bei den Dienstbezügen der Anteil an den Personalausgaben zwischen 1999 und 2005 von 72,5 % auf 64,9 % sinkt, steigt der Anteil der Versorgungsausgaben im gleichen Zeitraum von 22,5 % auf 26,6 %.

Im Einklang mit der Finanz- und Programmplanung werden die (um Ausgliederungen bis 2000 rückwirkend bereinigten) Dienstbezüge bis 2005 auch unter Einbeziehung der in der Finanzplanung eingestellten Kostensteigerungen auf dem Niveau von 1993 konstant gehalten.

Tabelle 5: Entwicklung der Dienstbezüge 1993 bis 2005

Ausgaben (Mio. €)	Ist		Eckwert 2005	Veränderung		
	1993	2000		1993 / 2000	2000 / 2005	1993 / 2005
Dienstbezüge*	783,8	785,4	782,4	0,2%	-0,4%	-0,2%
darunter						
Kernbereich	749,7	748,6	743,3	-0,1%	-0,7%	-0,8%
Ausbildung	18,4	16,1	22,4	-12,2%	39,1%	22,1%
Refinanzierte	10,7	17,1	13,1	60,2%	-23,9%	22,0%

* Gruppen 422, 425 und 426 zzgl. Globale Mehrausgaben (soweit nicht Versorgungsanteile)

2.1 Personalbudgets der Produktpläne und -bereiche

Die **Personalbudgets** der Produktpläne und -bereiche entsprechen 2001 den Anschlägen und 2002/2003 den vom Senat an die Bremische Bürgerschaft weitergeleiteten Haushaltsentwürfen unter Berücksichtigung der folgenden Tabelle dargestellten Auswirkungen aus den Haushaltsberatungen:

Tabelle 3: Personalrelevante Haushaltsanträge

Produktplan Produktbereich Maßnahme	Veränderung			
	2002	2003	2004	2005
	T €			
07 Inneres	795,1	1.987,1	2.015,6	1.262,1
0701 Polizei				
- Ausbildungsplanung 2002	225,2	921,4	921,4	651,5
- Erhöhung Polizeianwärter 2001 - 2003	436,0	788,0	959,5	610,6
0702 Feuerwehr				
- Ausbildungsplanung 2002	133,9	277,7	134,8	0,0
11 Justiz und Verfassung				
1104 Justizvollzug				
- Ausbildungsplanung 2002	254,2	337,4	77,5	0,0
21 Bildung	553,0	3.534,0	0,0	0,0
2101 Öffentl. Schulen d. Stadtg. Bremen				
- Englisch in Grundschulen	0,0	180,0		
- Ganztagschulen	400,0	900,0		
2190 Öffentl. Schulen d. Stadtg. Bremen				
- Lehrerbearbeitungsplanung	153,0	2.454,0		
61 Umweltschutz				
6101 Umweltschutz				
- Verlagerung Deichverband	-618,7	-631,3	-631,3	-631,3
91 Finanzen / Personal				
9103 Personal- u. Verwaltungsmanagement				
- Ausbildungsplanung 2002	124,7	385,1	385,1	243,6
92 Allgemeine Finanzen				
9202 Zentral veranschlagte Personalausgaben				
- Ausbildungsplanung 2002 u. Erhöh. Pol.Anw.	-1.174,1	-2.709,6	-2.478,2	-1.505,7
Insgesamt	-65,7	2.902,7	-631,3	-631,3

Diese Budgets sind entsprechend den zur Aufstellung geltenden Zuordnungen und Ausgliederungsständen für die Produktgruppen ermittelt worden. Die **Eckwerte** der Jahre 2004 und 2005 sind ausgehend vom Stand der Haushaltsentwürfe 2002/2003 wie folgt ermittelt worden:

- Auf der Grundlage der Gehaltsabrechnung vom **Januar 2001** wurde eine **Personalkostenhochrechnung** durchgeführt. Enthalten sind die Tarif- und Besoldungseffekte aus der Lohnrunde 2000 sowie individuelle bis zum Januar 2001 gehaltsrelevant gewordene oder feststehende Veränderungen, wie Dienst- und Lebensaltersstufensteigerungen sowie Zeit- und Bewährungsaufstiege.
- Der finanzierte Beschäftigungsumfang entspricht den **Beschäftigungszielzahlen** (ohne Innenreinigung) und berücksichtigt damit jahresanteilig und kumulierend wirkende Einsparvorgaben für das Beschäftigungsvolumen (vgl. Tabelle Zielzahlen bis 2005).
- Die Budgetanteile für den Bereich der **Innenreinigung** wurden um die durch Fremdreinigung gedeckten Reinigungsbedarfe reduziert. Weitere Effekte, wie sie sich aus der Neuorganisation der Gebäudereinigung und den Tarifverhandlungen für einen Folgetarifvertrag zur Innenreinigung ergeben können, sind bei der Fortschreibung der Finanzplanung zu berücksichtigen.
- Die Eckwerte der Produktbereiche und -pläne enthalten - mit Ausnahme des Aufstockungskontingents bei der Polizei - keine Ausbildungsmittel für die übernahmerelevanten Ausbildungsjahrgänge ab 2002. Diese wurden im Produktbereich „Zentral veranschlagte Personalausgaben“ eingestellt und werden für den Jahrgang 2002 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2002/2003 und für die Folgejahre nach Festlegung der Ausbildungszahlen zugunsten der dezentralen Budgets aufgelöst.
- Die Ansätze für refinanziertes Personal und sonstige Personalausgaben in den Produktbereichen sind - bis auf Aufwendungen für Beihilfe, Freie Heilfürsorge und Versorgung, die jährlich mit rund 3 % gesteigert wurden - auf dem bisherigen Niveau konstant gehalten worden. Diese werden im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellung entweder entsprechend der korrespondierenden Einnahmeerwartungen oder durch Umschichtungen zwischen Personal- und Sachhaushalt bereinigt. Da dieses Verfahren seit Beginn der Budgetierung der Personalausgaben zu den Haushalten 1995 praktiziert wird, bedeutet dies faktisch eine Konstanz auf dem Anschlagsniveau von 1994.
- Die Mittelansätze für ISP-Personalausgaben im Produktplan 94 sind ab 2004 im globalen Ansatz für das Investitionssonderprogramm enthalten und werden mit der Haushaltsaufstellung aufgelöst.
- Die Mittelansätze werden sich aufgrund anstehender Ausgliederungen, wie Bremen Ports oder Gebäude und TechnikManagement im Vollzug der Haushalte noch verändern.
- Aufgrund der Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft zu den Antiterror-Maßnahmen sollen zu den bislang schon von PEP ausgenommenen Produktbereichen die Polizeiverwaltung, der Verfassungsschutz, die ordentliche Gerichtsbarkeit sowie die Staatsanwaltschaft hinzukommen. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Haushaltsvollzug.

- Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2002/03 soll eine Erhöhung des Personalbudgets für den Senator für Bildung und Wissenschaft in Höhe von 153 T€ für 2002 sowie in Höhe von 2.454 T€ für 2003 beschlossen werden. Dieser Beschluss wurde jedoch daran gekoppelt, dass die Schüler-Lehrer-Relation in allen Schultypen an den Bundesdurchschnitt angepasst werden soll. Somit wird eine Aktualisierung der Lehrerbedarfsplanung bis 2005 erforderlich. Bis zur Aktualisierung der Bedarfsplanung wird an den bisher beschlossenen Zielzahlen festgehalten.
- Die PEP-Vorgaben stehen unter dem Vorbehalt der tatsächlichen Tarif- und Bezahlungsergebnisse sowie der Sozialversicherungs- und Zusatzversorgungsregelungen, insb. zur VBL, bis 2005. Diese müssten durch weitere personalwirtschaftliche Maßnahmen aufgefangen werden. Die anstehende Neuregelung bei der VBL, die gegenwärtig zwischen den Tarifpartnern verhandelt wird, würde z. B. ab 2002 rd. 5 Mio. € Mehrausgaben allein in den Personalhaushalten zur Folge haben; in den ausgegliederten Konzernbereichen kämen schätzungsweise weitere 2,5 Mio. € hinzu.
- Ein Entlastungseffekt konnte aus dem gegenwärtig den parlamentarischen Gremien zur Beratung vorliegenden Entwurf des Versorgungsänderungsgesetzes resultieren. Der Gesetzesentwurf sieht im wesentlichen eine zwischen 2003 und 2010 gestreckte Absenkung des Versorgungshöchstsatzes von 75 % auf 71,75 % vor. Der Entwurf würde zu Haushaltsentlastungen von max. 1,7 Mio. € in 2003 bzw. bis zu 5,5 Mio. € in 2005 führen.

Ob die beschlossenen im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen Maßnahmen wegen der Folgeeffekte zu einer Erhöhung des Gesamteckwertes für die Personalausgaben führen werden, hängt von den jeweiligen Entscheidungen ab. Dies gilt insbesondere für die Auswirkungen der Fortschreibung der Lehrerbedarfsplanung und der Antiterror-Maßnahmen, die evtl. innerhalb der Personalhaushalte nur durch Inanspruchnahme der für die Tarifeffekte vorgesehenen Mittel darstellbar werden.

Die folgenden Seiten zeigen die Entwicklung der **Personalbudgets bis 2005** nach Produktbereichen, Produktplänen und für die Senatorenbudgets

Tabelle 6: Personalbudgets der Produktpläne und -bereiche bis 2005

Senatorenbudget Produktplan Produktbereich	Ist 2000	Haushalt		Finanzplanung		
		2001	Haushalt Anschlag 2002	2003	2004	2005
T€						
Senatorenbudget: Präs. d. Senats, Kirchliche Angelegenh., Bevollm. b. Bund, f. Europa und Entw., Datenschutz, Justiz und Verfassung	64.001	60.629	63.748	62.959	61.631	60.515
03 Senat und Senatskanzlei	4.952	5.175	5.059	4.985	4.898	4.804
05 Bundes-, Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit	2.425	2.288	2.839	2.849	2.799	2.744
06 Datenschutz	589	630	655	659	659	659
11 Justiz	56.034	52.537	55.194	54.466	53.276	52.309
01 Fachgerichtbarkeit	4.889	4.335	4.586	4.511	4.413	4.307
02 Ordentliche Gerichtbarkeit	29.541	28.110	28.588	28.136	27.588	26.998
03 Staatsanwaltschaft	7.484	7.189	7.290	7.178	7.019	6.849
04 Justizvollzug	9.770	8.845	10.189	10.158	9.795	9.718
90 Sonstiges Justiz	4.350	4.058	4.541	4.483	4.461	4.436
Senatorenbudget: Inneres, Kultur und Sport	163.162	163.689	171.859	171.895	169.443	166.928
07 Inneres	151.392	151.777	159.493	159.593	157.223	154.823
01 Polizei	101.560	101.690	107.496	108.032	106.953	105.417
02 Feuerwehr	18.938	18.583	19.598	19.662	19.412	19.289
03 Öffentliche Ordnung und kommunale Angelegenheiten	21.876	21.881	21.929	21.580	21.125	20.631
90 Sonstiges Inneres	9.019	9.623	10.470	10.318	9.734	9.486
12 Sport	1.252	1.383	1.389	1.375	1.353	1.330
22 Kultur	10.518	10.529	10.977	10.928	10.867	10.775
01 Kommunale Kulturarbeit	3	0	0	0	0	0
02 Kultureinrichtungen	7.262	7.207	7.446	7.453	7.476	7.460
03 Allgemeine und Kulturelle Weiterbildung	0	0	0	0	0	0
90 Sonstiges Kultur	3.253	3.322	3.531	3.475	3.391	3.315
Senatorenbudget: Bildung und Wissenschaft	296.171	291.236	300.107	295.658	287.358	283.146
21 Bildung	293.120	288.450	297.209	292.803	284.555	280.398
01 Öffentl. Schulen der Stadtgemeinde Bremen	261.616	261.515	264.572	258.390	253.058	249.363
03 Sonstige Bildungseinrichtungen	207	221	229	225	221	217
04 Schulbezogene Förderungen	13.401	14.146	14.872	14.498	14.321	14.137
90 Sonstiges Bildung	17.896	12.568	17.536	19.691	16.954	16.682
24 Hochschulen und Forschung	3.052	2.786	2.899	2.854	2.803	2.748
03 Forschungsförderung	832	534	534	534	534	534
90 Sonstiges Wissenschaft	2.220	2.251	2.364	2.320	2.269	2.214
Senatorenbudget: Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	117.647	115.437	118.241	117.081	115.633	113.982
08 Gleichberechtigung	750	693	716	716	716	716
31 Arbeit	19.105	20.530	19.642	19.351	19.074	18.696
01 Arbeitsmarktpolitik (BAP)	3.757	5.032	3.702	3.702	3.702	3.702
02 Soziale Sicherheit	5.942	5.748	4.959	4.863	4.746	4.621
03 Arbeitsschutz, technisch Sicherheit und Eichwesen	5.264	5.241	5.281	5.190	5.154	5.035
90 Sonstiges Arbeit	4.142	4.509	5.700	5.597	5.472	5.338
41 Jugend und Soziales	81.444	78.442	81.244	80.601	79.728	78.775
01 Junge Menschen und deren Familien	53.065	51.564	53.715	53.538	53.418	53.031
02 Hilfen und Leistungen für Erwachsene	1.920	1.704	2.011	1.973	1.864	1.824
04 Hilfen und Leistungen für ältere Menschen	1.169	1.128	1.168	1.146	1.119	1.091
05 Hilfen und Leistungen zum Lebensunterhalt	5.961	6.070	6.604	6.495	6.351	6.196
06 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen	1.120	587	590	587	574	560
07 Soziale Projekte sowie Sucht- u. Drogenhilfe	1.333	1.115	1.141	1.121	1.097	1.072
90 Sonstiges Jugend und Soziales	16.876	16.273	16.015	15.740	15.306	15.000
51 Gesundheit	16.348	15.773	16.639	16.413	16.115	15.796
01 Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe	9.639	9.380	9.570	9.408	9.225	9.013
02 Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit, Pflanzenschutz	3.836	3.598	4.048	4.023	3.970	3.913
90 Sonstiges Gesundheit	2.873	2.795	3.021	2.982	2.920	2.870

Fortsetzung Tabelle 6: **Personalbudgets der Produktpläne und -bereiche bis 2005**

Senatorenbudget Produktplan Produktbereich	Ist 2000	Haushalt 2001	Haushaltsentwürfe Anschlag		Finanzplanung Ansatz	
			2002	2003	2004	2005
T€						
Senatorenbudget: Bau und Umwelt	38.753	39.170	39.427	38.788	37.995	37.138
61 Umweltschutz	9.481	9.962	9.587	9.415	9.226	9.015
01 Umweltschutz	8.950	9.406	9.031	8.859	8.670	8.460
02 Abwasserabgabe, Grundwasserentnahmegeb.	530	556	556	556	556	556
68 Bau	29.272	29.208	29.840	29.373	28.770	28.123
01 Stadtplanung, Bauordnung, Stadtentwicklung	12.479	12.509	12.808	12.639	12.406	12.155
02 ÖPNV	4.613	4.590	4.591	4.515	4.415	4.307
90 Sonstiges Bau	12.180	12.109	12.441	12.219	11.949	11.660
Senatorenbudget: Wirtschaft und Häfen	31.838	31.626	32.365	31.825	31.161	30.444
71 Wirtschaft	4.466	3.814	3.943	3.878	3.794	3.704
01 Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)	1.829	1.074	1.111	1.091	1.066	1.040
02 Sektorale Wirtschaftsförderung	498	473	513	504	492	480
90 Sonstiges Wirtschaft	2.138	2.267	2.318	2.283	2.236	2.183
81 Häfen	27.373	27.811	28.422	27.947	27.367	26.741
01 Häfen	24.336	24.639	24.733	24.308	23.804	23.257
90 Sonstiges Häfen	3.037	3.172	3.690	3.639	3.563	3.483
Senatorenbudget: Finanzen/Personal, Allgemeine Finanzen	374.398	423.489	404.215	422.733	444.795	465.652
91 Finanzen/Personal	76.531	77.931	76.003	74.046	71.191	68.472
01 Finanzsteuerung	50.503	51.856	45.221	43.890	41.801	40.106
02 Haushalt und Vermögen	2.552	2.163	2.321	2.252	2.165	2.078
03 Personal- und Verwaltungsmanagement	20.691	21.878	24.611	24.143	23.579	22.762
90 Sonstiges (Finanzen und Personal)	2.784	2.033	3.850	3.761	3.646	3.525
92 Allgemeine Finanzen	297.868	345.558	328.212	348.687	373.603	397.181
02 Zentral veranschlagte Personalausgaben	297.868	345.558	328.212	348.687	373.603	397.181
01 Bürgerschaft	10.144	10.260	10.645	12.345	10.384	10.384
02 Rechnungshof	2.242	2.437	2.518	2.526	2.526	2.526
09 Angelegenheiten des Staatsgerichtshofs	39	39	39	39	39	39
Zusammen	1.098.396	1.138.012	1.143.163	1.155.846	1.160.965	1.170.755
94 Investitionssonderprogramm (ISP)	1.376	1.669	1.726	1.741	0	0
95 Stadtreparaturfonds	-5	0	0	0	0	0
Gesamt	1.099.766	1.139.681	1.144.889	1.157.587	1.160.965	1.170.755

2. Personalplanung bis 2005

Die **Personalplanung** beruht auf den drei Bausteinen:

1. Bestimmung der Beschäftigungszielzahlen (Soll-Personalbestand)
2. Prognose der Personalabgänge (Fluktuation) bis 2005
3. Personalzugänge (insbesondere Ausbildungsplanung)

und mündet in die Bestimmung des Nettopersonalbedarfs.

Die Prognose der Personalabgänge (Fluktuation) aus dem aktiven Beschäftigungsvolumen ist ein Bestandteil für die Bestimmung des zukünftigen Versorgungsvolumens (vgl. Abschnitt 2.5).

2.1 Bestimmung des Soll-Personalbestandes

Für den **Kernbereich** der öffentlichen Verwaltung wurde in der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 15. Wahlperiode für die Jahre 2000 bis 2005 auf Gesamtebene ein jährlicher Personalabbau von 250 Vollzeitäquivalenten vereinbart. Der Senat hat am 6. März 2001 mit dem „Finanzrahmen 2001 bis 2005 / Bildung der Eckwerte für die Haushalte 2002/03“ die produktplanbezogene Aufteilung der Beschäftigungszielzahlen für den Zeitraum Dezember 2000 bis 2005 beschlossen. Für die Jahre 2002/03 hat der Senat am 21. August 2001 mit den Entwürfen der Haushalts- und Stellenpläne (einschl. Produktgruppenhaushalte) die Aufteilung der Beschäftigungszielzahlen auf Produktgruppenebene beschlossen. Auf der Basis dieser Beschlußlagen wurde die Aufteilung der PEP-Einsparvorgaben wie folgt vorgenommen:

- für die Bereiche Justizvollzugsdienst, Polizeivollzug, Feuerwehr und Kindertagesheime ohne Einsparungen. Durch die Beschlüsse der Bürgerschaft zu den Antiterror-Maßnahmen werden auch die Bereiche Polizeiverwaltung, der Verfassungsschutz, die ordentliche Gerichtsbarkeit sowie die Staatsanwaltschaft für die Jahre 2002/03 von PEP-Einsparungen ausgenommen.
- für Lehr- und Steuerpersonal sowie Allgemeine Bewilligungen (Nachwuchskräfte) wurden die Einsparverpflichtungen mittels gesonderter Verfahren, wie z. B. der mittelfristigen Lehrerbedarfsplanung abgeleitet. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2002/03 wurde eine Anpassung der Schüler-Lehrer-Relation in allen Schultypen an den Bundesdurchschnitt beschlossen.
- die Bereiche Bürgerschaft, Rechnungshof, Datenschutz und Gleichberechtigung wurden von einer anteiligen Einsparung ausgenommen
- für die Bereiche Wirtschaftliche Hilfen, Sozialpsychiatrischer Dienst und nicht unterrichtendes Personal (NuP) in Schulen, wurden aufgrund von aufgabenfeldbezogenen Personalkonzepten weiter anteilige Einsparungen berücksichtigt

Die Aufteilung der jährlichen Sparvorgabe auf die übrigen Produktpläne bzw. -bereiche ist entsprechend der seit 1998 üblichen Praxis bis 2005 anteilig erfolgt und wird im Rahmen der dezentralen Fach-, Personal- und Ressourcenverantwortung bei der jeweiligen Haushaltsaufstellung durch dezentrale Aufgabenkritik auf Produktgruppenebene aufgelöst. Hier können sich insbesondere durch die vorstehend beschriebenen Antiterror-Maßnahmen, wie die Aussetzung von PEP für weitere Bereiche, Verschiebungen ergeben.

Für die einzelnen Produktpläne/-bereiche ergeben sich die umseitigen **Zielzahlen** für den Kernbereich (Soll-Personalbestand) aus den Entwürfen der Produktgruppenhaushalte 2002/03 und für die Folgejahre auf der Basis des Soll-Personalbestandes für Dezember 2003.

Tabelle 7: PEP - Zielzahlen f. d. Beschäftigungsvolumen 2000 bis 2005 (Teilzeit in Vollzeit umgere)

Stand: Haushaltsberatungen

ohne: Sonderhaushalte, Wirtschafts- sowie Eigenbetriebe (nachrichtlich: Performa Nord); Stiftungen des Öffentlichen Rechts

v. 13. bis 15. November 2001

ohne: Innenreinigung; Kräfte aus ABM u. § 19 BSHG, Refinanzierungen, Auszubildende, Referendare, Abwesende und Nebenberufliche

Senatorenbudget Produktplan Produktbereich	Dez 2000	PEP 2001	Dez 2001	Sollkor- rekturen	Ausgangs- wert 2002	PEP 2002	Dez 2002	PEP 2003	Dez 2003	PEP 2004	Dez 2004	PEP 2005	Dez 2005
Senatorenbudget: Präs. d. Senats, Kirchl. Angelegenh., Bevollm. b. Bund, Datenschutz sowie Justiz u. Verfass.													
03 Senat und Senatskanzlei	79,8	-1,8	78,0	0,0	78,0	-1,6	76,4	-1,6	74,9	-1,8	73,1	-1,8	71,3
0301 Senatskanzlei	79,8	-1,8	78,0	0,0	78,0	-1,6	76,4	-1,6	74,9	-1,8	73,1	-1,8	71,3
05 Bevollmächtigter beim Bund	38,9	-0,9	38,0	6,2	44,2	0,0	44,2	0,0	44,2	-0,9	43,3	-0,9	42,4
0501 Bund, Europa u. Entwicklungszusammenarb.	38,9	-0,9	38,0	6,2	44,2	0,0	44,2	0,0	44,2	-0,9	43,3	-0,9	42,4
06 Datenschutz	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5
0601 Datenschutz im Land Bremen	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5	0,0	12,5
11 Justiz	1.210,5	-21,7	1.188,8	11,1	1.200,0	-19,3	1.180,7	-18,4	1.162,3	-20,9	1.141,4	-21,5	1.120,0
1101 Fachgerichtbarkeit	90,8	-2,1	88,7	0,0	88,7	-1,9	86,8	-1,8	85,0	-2,0	83,1	-2,1	81,0
1102 Ordentliche Gerichtbarkeit	656,2	-15,1	641,1	1,0	642,1	-13,4	628,7	-12,8	615,9	-14,5	601,4	-14,9	586,5
1103 Staatsanwaltschaft	175,0	-4,0	171,0	0,0	171,0	-3,6	167,4	-3,4	164,0	-3,9	160,2	-4,0	156,2
1104 Justizvollzug	267,1	0,0	267,1	10,1	277,2	0,0	277,2	0,0	277,2	0,0	277,2	0,0	277,2
1190 Sonstiges Justiz	21,5	-0,5	21,0	0,0	21,0	-0,4	20,5	-0,4	20,1	-0,5	19,6	-0,5	19,1
Senatorenbudget: Inneres, Kultur und Sport													
07 Inneres	3.957,3	-23,3	3.934,0	-26,1	3.907,9	-21,0	3.886,9	-20,0	3.866,9	-22,7	3.844,2	-23,4	3.820,8
0701 Polizei *)	2.653,5	-5,0	2.648,5	-21,5	2.627,1	-4,6	2.622,4	-4,4	2.618,0	-5,0	2.613,0	-5,2	2.607,8
0702 Feuerwehr	507,6	-0,2	507,4	0,0	507,4	-0,2	507,2	-0,2	507,0	-0,2	506,8	-0,2	506,6
0703 Öffentl. Ordnung u. kommunale Angelegenh.	574,8	-13,1	561,7	-4,6	557,1	-11,7	545,5	-11,1	534,4	-12,6	521,8	-13,0	508,8
0790 Sonstiges Inneres	221,4	-5,0	216,4	0,0	216,4	-4,5	211,9	-4,3	207,5	-4,9	202,6	-5,0	197,6
12 Sport	26,2	-0,6	25,6	0,0	25,6	-0,5	25,1	-0,5	24,6	-0,6	24,0	-0,6	23,4
1201 Sport	26,2	-0,6	25,6	0,0	25,6	-0,5	25,1	-0,5	24,6	-0,6	24,0	-0,6	23,4
22 Kultur	168,2	-2,0	166,2	3,8	170,0	-1,7	168,2	-1,7	166,6	-1,9	164,7	-1,9	162,8
2201 Kommunale Kulturarbeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2202 Kultureinrichtungen	100,7	-0,4	100,3	0,0	100,3	-0,4	99,9	-0,3	99,6	-0,4	99,2	-0,4	98,8
2203 Allgemeine und Kulturelle Weiterbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2290 Sonstiges Kultur	67,5	-1,6	66,0	3,8	69,7	-1,4	68,4	-1,3	67,0	-1,5	65,5	-1,6	64,0
Senatorenbudget: Bildung und Wissenschaft													
21 Bildung	5.329,1	-70,8	5.258,3	-5,6	5.252,7	-95,9	5.156,8	-98,0	5.058,8	-79,3	4.979,5	-79,9	4.899,6
2101 Öffentl. Schulen der Stadtgemeinde Bremen	4.893,2	-61,8	4.831,4	-81,6	4.749,8	-87,6	4.662,3	-90,1	4.572,1	-70,2	4.501,9	-70,5	4.431,4
2103 Sonstige Bildungseinrichtungen	4,3	-0,1	4,2	0,0	4,2	-0,1	4,1	-0,1	4,1	-0,1	4,0	-0,1	3,9
2104 Schulbezogene Förderungen	158,1	-3,6	154,5	-8,9	145,5	-3,3	142,3	-3,1	139,2	-3,3	135,9	-3,4	132,5
2190 Sonstiges Bildung	273,5	-5,3	268,2	85,0	353,1	-5,0	348,2	-4,7	343,4	-5,7	337,7	-5,9	331,8

Senatorenbudget Produktplan Produktbereich	Dez 2000	PEP 2001	Dez 2001	Sollkor- rekturen	Ausgangs- wert 2002	PEP 2002	Dez 2002	PEP 2003	Dez 2003	PEP 2004	Dez 2004	PEP 2005	Dez 2005
24 Hochschulen und Forschung	45,4	-1,1	44,3	0,0	44,3	-0,9	43,4	-0,9	42,5	-1,0	41,5	-1,0	40,5
2403 Forschungsförderung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2490 Sonstiges Wissenschaft	45,4	-1,1	44,3	0,0	44,3	-0,9	43,4	-0,9	42,5	-1,0	41,5	-1,0	40,5
Senatorenbudget: Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales													
08 Gleichberechtigung	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3
0801 Gleichberechtigung	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3	0,0	12,3
31 Arbeit	374,2	-9,4	364,8	-25,5	339,4	-7,5	331,9	-7,1	324,8	-8,1	316,7	-8,3	308,4
3101 Arbeitsmarktpolitik (BAP)	26,7	-0,5	26,2	-26,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3102 Soziale Sicherheit	145,7	-3,4	142,3	-22,0	120,3	-2,7	117,6	-2,5	115,1	-2,9	112,2	-3,0	109,3
3103 Arbeitsschutz	105,2	-2,9	102,3	0,0	102,3	-2,2	100,1	-2,1	98,0	-2,4	95,5	-2,5	93,1
3190 Sonstiges Arbeit	96,6	-2,6	94,0	22,7	116,8	-2,6	114,2	-2,5	111,8	-2,8	109,0	-2,9	106,1
41 Jugend und Soziales	1.735,9	-19,4	1.716,5	5,9	1.722,3	-18,9	1.703,4	-18,0	1.685,4	-20,5	1.664,9	-21,0	1.643,9
4101 Hilfen/Leistungen jg. Menschen/Familien	1.128,5	-7,0	1.121,5	2,6	1.124,1	-6,4	1.117,8	-6,1	1.111,7	-6,9	1.104,8	-7,1	1.097,7
4102 Hilfen und Leistungen für Erwachsene	38,8	-0,9	37,9	4,4	42,3	-0,9	41,4	-0,8	40,5	-1,0	39,6	-1,0	38,6
4104 Hilfen/Leistg. f. pflegebedürf. Menschen	27,7	-0,6	27,1	0,0	27,1	-0,6	26,5	-0,5	25,9	-0,6	25,3	-0,6	24,7
4105 Hilfen/Leistungen zum Lebensunterhalt	157,4	-2,8	154,6	7,6	162,3	-3,4	158,9	-3,2	155,6	-3,7	152,0	-3,8	148,2
4106 Krankenh./sonst. Hilfen bes. Lebenslagen	15,2	-0,3	14,9	0,0	14,9	-0,3	14,6	-0,3	14,3	-0,3	13,9	-0,4	13,6
4107 Leistg. Sucht-/Drogenkr./psych. Kranke	22,8	-0,5	22,3	0,5	22,8	-0,5	22,4	-0,5	21,9	-0,5	21,4	-0,5	20,9
4190 Sonstiges Jugend und Soziales	345,4	-7,3	338,1	-9,2	328,9	-6,9	322,0	-6,6	315,4	-7,5	308,0	-7,7	300,3
51 Gesundheit	279,2	-6,4	272,7	-0,3	272,4	-5,7	266,7	-5,4	261,3	-6,2	255,1	-6,4	248,8
5101 Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe	187,1	-4,3	182,7	-0,5	182,7	-3,8	178,4	-3,6	174,8	-4,1	170,7	-4,3	166,4
5102 Veterinär/Lebensmittel/Pflanzenschutz	54,0	-1,2	52,8	0,5	52,8	-1,1	52,2	-1,1	51,1	-1,2	49,9	-1,2	48,7
5190 Sonstiges Gesundheit	38,1	-0,9	37,2	-0,3	37,2	-0,8	36,1	-0,7	35,4	-0,8	34,5	-0,9	33,7
Senatorenbudget: Bau und Umwelt													
61 Umweltschutz	181,0	-4,2	176,8	-12,0	164,8	-3,7	161,1	-3,5	157,6	-4,0	153,6	-4,1	149,5
6101 Umwelt	181,0	-4,2	176,8	-12,0	164,8	-3,7	161,1	-3,5	157,6	-4,0	153,6	-4,1	149,5
6102 Umweltabgaben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
68 Bau	626,5	-14,4	612,1	0,0	612,1	-12,8	599,3	-12,2	587,1	-13,9	573,2	-14,2	559,0
6801 Verkehr/ÖPNV	255,6	-5,9	249,7	0,0	249,7	-5,2	244,5	-5,0	239,5	-5,7	233,9	-5,8	228,1
6802 Wohnen/Städtebauförderung	116,4	-2,7	113,7	0,0	113,7	-2,4	111,3	-2,3	109,1	-2,6	106,5	-2,7	103,9
6890 Sonstiges Bau	254,4	-5,8	248,6	0,0	248,6	-5,2	243,4	-5,0	238,5	-5,6	232,8	-5,8	227,1
Senatorenbudget: Wirtschaft und Häfen													
71 Wirtschaft	81,9	-2,0	79,9	0,0	79,9	-1,7	78,2	-1,6	76,6	-1,8	74,8	-1,9	73,0
7101 Wirtschaftsstrukturpolitik (WAP)	22,5	-0,5	22,0	0,0	22,0	-0,5	21,5	-0,4	21,1	-0,5	20,6	-0,5	20,0
7102 Sektorale Wirtschaftsförderung	10,2	-0,2	10,0	0,0	10,0	-0,2	9,8	-0,2	9,6	-0,2	9,3	-0,2	9,1
7190 Sonstiges Wirtschaft	49,3	-1,3	48,0	0,0	48,0	-1,0	47,0	-1,0	46,0	-1,1	45,0	-1,1	43,8

Senatorenbudget Produktplan Produktbereich	Dez 2000	PEP 2001	Dez 2001	Sollkor- rekturen	Ausgangs- wert 2002	PEP 2002	Dez 2002	PEP 2003	Dez 2003	PEP 2004	Dez 2004	PEP 2005	Dez 2005
81 Häfen	625,0	-14,5	610,5	-1,0	609,5	-12,8	596,8	-12,2	584,6	-13,8	570,8	-14,2	556,6
8101 Häfen	559,5	-13,0	546,5	-7,5	539,0	-11,4	527,5	-10,9	516,6	-12,2	504,4	-12,6	491,9
8190 Sonstiges Häfen	65,6	-1,5	64,1	6,5	70,6	-1,3	69,2	-1,3	68,0	-1,6	66,4	-1,6	64,7
Senatorenbudget: Finanzen													
91 Finanzen und Personal	1.808,6	-53,2	1.755,4	-85,0	1.670,4	-45,2	1.625,2	-48,1	1.577,1	-52,8	1.524,3	-48,9	1.475,3
9101 Finanzsteuerung	1.314,9	-37,5	1.277,5	-95,1	1.182,4	-37,9	1.144,4	-40,4	1.104,1	-43,9	1.060,2	-40,7	1.019,5
9102 Haushalt und Vermögen	46,4	-1,3	45,1	-1,0	44,1	-1,4	42,7	-1,5	41,3	-1,7	39,6	-1,6	38,0
9103 Personal- u. Verwaltungsmanagement	386,8	-13,0	373,8	2,0	375,8	-3,6	372,2	-3,8	368,3	-4,4	363,9	-4,1	359,9
9190 Sonstiges Finanzen u. Personal	60,5	-1,4	59,0	9,1	68,1	-2,3	65,8	-2,4	63,4	-2,8	60,6	-2,6	58,0
01 Bürgerschaft	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6
0101 Bürgerschaft	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6	0,0	58,6
02 Rechnungshof	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4
0201 Rechnungshof	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4	0,0	45,4
09 Staatsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0901 Angelegenheiten des Staatsgerichtshofs	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
94 Investitionssonderprogramm (ISP)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9401 Investitionssonderprogramm (ISP)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
95 Stadtreparaturfonds	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9501 Stadtreparaturfonds	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kernbereich insgesamt	16.696,5	-245,7	16.450,8	-128,5	16.322,3	-249,2	16.073,1	-249,2	15.823,9	-250,0	15.573,9	-250,0	15.323,9

2.2 Fluktuation

Die folgende Tabelle basiert auf der um Ausgliederungen 2001 bereinigten Fluktuationsprognose und zeigt die prognostizierten Abgänge bis 2005 nach Produktplänen, die sich aus den Abgangswahrscheinlichkeiten einzelner Personalgruppen und Jahrgänge ergeben.

Die Auswirkungen neuer 58er-Regelungen oder etwaiger Effekte der Altersteilzeitregelungen wurden bei der Fluktuationsprognose nicht berücksichtigt. 2000 reduzierte sich das Volumen im Kernbereich der öffentlichen Verwaltung aufgrund von Altersteilzeit z. B. insgesamt um rd. 98 nicht fluktuationsrelevante Vollzeitäquivalente, ohne den Personalbestand zu verringern. Da diese zum größten Teil im Lehrerbereich vorliegen, wurde im Produktplan Bildung die Altersteilzeit gesondert prognostiziert.

Tabelle 6: **Vorausschätzung der Personalabgänge im Beschäftigungsvolumen bis 2005 nach Produktplänen**

Produktplan		Abgänge 2000	Fluktuation					Abgangsquote 2000/05
			2001	2002	2003	2004	2005	
01	Bürgerschaft	3,8	3,6	3,3	2,3	3,0	2,2	25,6 %
02	Rechnungshof	2,0	3,2	3,2	2,1	1,4	1,8	27,6 %
03	Senat und Senatskanzlei	1,5	6,0	4,6	5,0	4,2	4,0	30,2 %
05	Bund u. Europa	4,0	0,7	1,1	1,2	1,4	1,6	16,5 %
06	Datenschutz	0,0	0,1	0,2	0,8	0,4	0,4	16,3 %
07	Inneres	104,7	131,6	126,0	158,0	142,8	131,7	17,6 %
08	Gleichberechtigung der Frau	0,8	0,4	0,3	0,5	0,7	0,5	19,3 %
11	Justiz	61,3	50,2	52,2	54,4	43,4	46,6	19,8 %
12	Sport	0,0	1,7	1,3	2,0	1,4	1,0	28,9 %
21	Bildung	224,7	232,7	247,6	274,3	283,9	289,7	24,6 %
22	Kultur	2,9	4,0	4,6	5,3	5,9	5,3	16,1 %
24	Hochschulen und Forschung	0,5	3,2	1,9	2,6	2,2	2,1	29,5 %
31	Arbeit	11,6	15,5	17,4	15,9	16,0	15,5	24,9 %
41	Jugend und Soziales	35,9	40,5	42,9	46,7	45,9	47,9	12,8 %
51	Gesundheit	12,8	9,0	9,6	9,3	9,7	8,9	16,2 %
61	Umweltschutz	2,7	6,7	6,6	6,1	5,6	5,2	18,0 %
68	Bau	22,4	22,9	26,2	26,3	27,9	27,2	21,5 %
71	Wirtschaft	2,7	4,6	2,8	2,8	2,0	2,6	15,9 %
81	Häfen	26,5	25,6	24,7	28,6	24,4	24,3	21,8 %
91	Finanzen / Personal	46,7	43,9	46,5	46,1	50,1	47,4	13,8 %
Insgesamt		567,5	606,2	623,0	690,2	672,1	665,9	19,7 %

*) Abgänge aus dem aktiven Kernbereich (ohne Abgangsgrund 07 - Fristablauf und ohne Abgangsgrund 15 – Wechsel zu anderen öffentlichen Arbeitgebern); ohne Raumpflegerinnen, befristete und refinanzierte Kräfte, Auszubildende, Praktikanten und ohne Einbeziehung von Neueinstellungen, Übernahmen von Auszubildenden und Rückkehrern aus der Beurlaubung nur Abgänge aufgrund von Dienst- und Erwerbsunfähigkeit, aus Altersgründen sowie Todesfälle.

Für 2000 wurden für den Kernbereich 3,0 % Abgänge prognostiziert, realisiert wurden 3,3 %. Die Unterschätzung der Abgänge ist insbesondere auf die starke Zunahme im Bereich der Dienst- und Erwerbsunfähigkeit vor allem im Lehrerbereich zurückzuführen. Während 1999 lediglich 20,1 % der Abgänge aufgrund von Dienst- und Erwerbsunfähigkeit erfolgten, waren es 2000 insgesamt 25,9 % der Abgänge.

Weitere Ursachen für Unsicherheiten bei der Fluktuationsprognose sind:

- Die zum 1. Januar 1998 wirksam gewordene Anhebung der flexiblen Antragsaltersgrenze vom 62. auf das 63. Lebensjahr reduziert die Abgangswahrscheinlichkeiten dieses Jahrgangs.
- Die zum 1. Januar 1999 wirksam gewordene Angleichung des bremischen Dienstrechts an das Bundesrahmenrecht, nach der Beamte/innen der Vollzugsdienste nicht mehr - wie bisher - mit 58 Jahren vorzeitig in den Vorruhestand gehen können, reduziert die Abgangswahrscheinlichkeiten dieser Jahrgänge.
- Die Abgänge aufgrund 58er-Regelung verändern die Abgangswahrscheinlichkeiten der 59- und 60jährigen, ohne das diese darstellbar sind, so daß die Abgangszahlen überschätzt werden.
- Die Neuregelung des Versorgungsrechts bzgl. der Reduzierung der Zurechnungszeiten auf die persönlich geleisteten Dienstzeiten reduziert die zu erwartenden Abgänge.

Die Fluktuation ist eine maßgebliche Größe, die den künftigen Personalbestand bestimmt, aber dazu gehören auch personalwirtschaftliche Veränderungen, wie der Saldo aus Beurlaubungen und dauerhaften Erkrankungen oder Veränderungen bei der Teilzeitquote. Diese Variablen sind bis zu einem gewissen Grad durch die Geschlechts- und Altersteilung bestimmt, aber in den Grenzen dieser Strukturen und gesetzlicher Veränderungen gestaltbar. So ist nicht auszuschließen, das die Teilzeit- und die Abwesenheitsquote durch die Altersteilzeitregelung ebenso beeinflusst wird, wie durch entgegengesetzt wirkende Sabbatical- oder flexibilisierte Beurlaubungsregelungen.

2.3 Zugänge

Zugänge in das Beschäftigungssystem des bremischen öffentlichen Dienstes bis zum Jahr 2005 wurden nur in Form von Übernahmen aus dem Ausbildungsverhältnis berücksichtigt. Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Bereichen bis zum Jahr 2005 Übernahmen von Auszubildenden anstehen können. Es wurden nur jene Ausbildungsgänge berücksichtigt, für die Auszubildende extern rekrutiert werden und deren Absolventen - sofern die Personalhaushalte dies ermöglichen - für eine Übernahme in das Beschäftigungsverhältnis des öffentlichen Dienstes in Frage kommen.

Tabelle 7: **Übernahmerelevante Ausbildungsjahrgänge (1998 bis 2002)**

Ausbildung für / als	Dauer (Jahre)	Ausbildungsjahrgänge			Planung	
		1998	1999	2000	2001	2002
gehobener Dienst - allg. Verwaltung -	3	10	12	0 ¹⁾	0 ¹⁾	0 ¹⁾
Fachangestellte Bürokommunikation	3	15	20	15	15	15
Verwaltungs- fachangestellte	3	0	0	15	30	21
Rechtspfleger	2 / 3	8	0	0	0	0
Justiz- vollzugsdienst	2	17	24 ²⁾	16	18	19
Polizei	2,5 / 3	80	74	100	130 ³⁾	110 ³⁾
Feuerwehr	2	10	20	7	22	24
Finanz-/ Steuer- anwärter	3	0	16	20	30	0 ⁴⁾
Summe		140	166	173	245	189

1) Die Ausbildung geh. Dienst wird ab 2000 an der Hochschule Bremen im Studiengang "Europäischer Studiengang Wirtschaft und Verwaltung" durchgeführt.

2) Davon sind 8 Auszubildende refinanziert.

3) 2001/02 einschl. 30 zusätzliche Polizeianwärter, die auf Basis des Antrags der Fraktionen der CDU und der SPD "Internationalen Terrorismus konsequent und angemessen begegnen" in den Sitzungen des Senats am 30.10.01 sowie am 13.11.01 beschlossen wurden.

4) Die Ausbildung geh. Dienst erfolgt ab Herbst 2002 an der HfÖV in Kooperation mit der Hochschule Bremen im Studiengang "Internationaler Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht (ISSWR)".

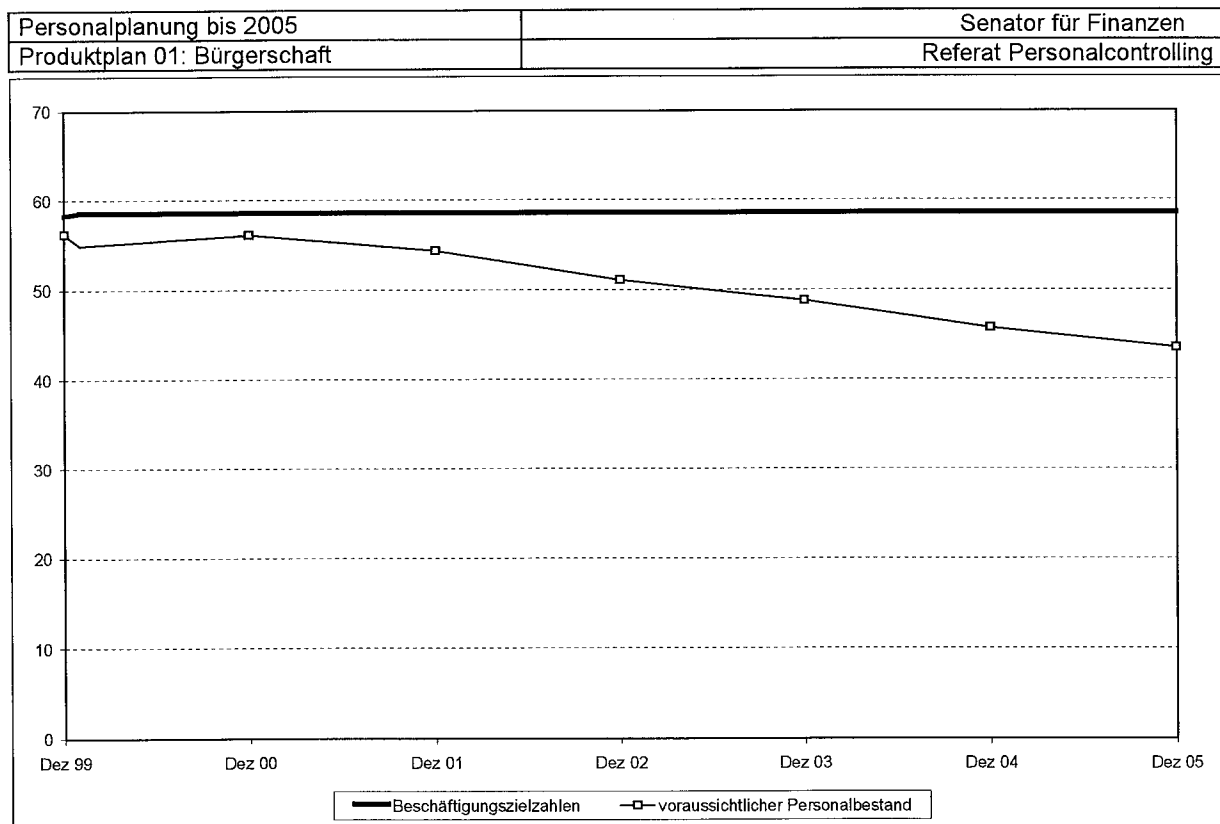
Die Ausbildungsquote einschließlich der nicht bedarfsbezogenen Ausbildungsjahrgänge wird sich bezogen auf die Gesamtbeschäftigung unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den Haushaltsberatungen 2002/03 in den Jahren zwischen 1997 bis 2002 von 2,9 % auf 3,5 % erhöhen.

2.4 Personalplanung nach Produktplänen bis 2005

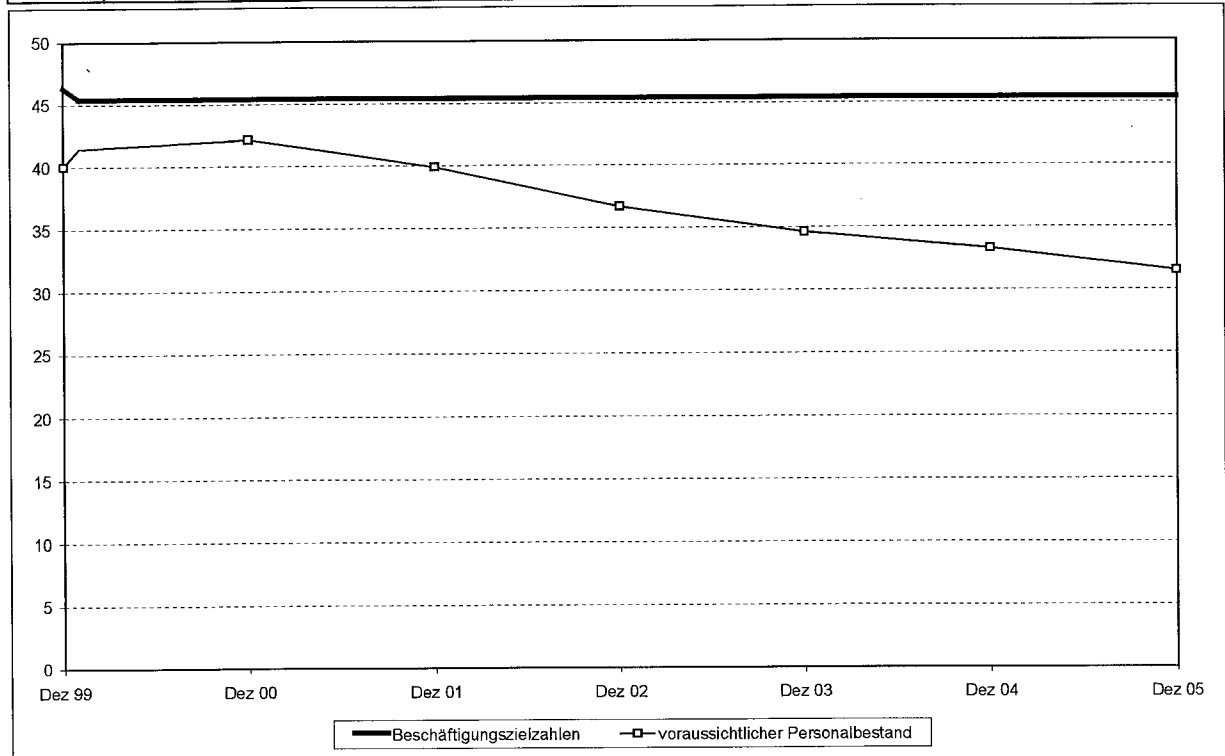
Ab 2000 haben sich für den Kernbereich insgesamt Wiederbesetzungsmöglichkeiten (vgl. Teil C 2c des Finanzplans) ergeben. Die Ersatzbedarfe werden auch unter Berücksichtigung der durch Ausbildung festgelegten Zugänge für die Gesamtverwaltung progressiv weiter zunehmen. Sie werden sich weiter erhöhen, wie fluktuationserhöhende (z. B. 58er Regelung) oder volumenssenkende (z. B. Altersteilzeit) personalwirtschaftliche Maßnahmen wirken. Sofern sich die Kostensteigerungen, z. B. aufgrund von Tarif- und Besoldungseffekten, nicht auf die in die Eckwerte eingestellten 1,0 % begrenzen lassen, oder diese Mittel zum Ausgleich von Folgeeffekten aus der Fortschreibung der Lehrerbedarfsplanung und der Maßnahmen gegen den Terror genutzt werden müssen, reduzieren die von **allen** Bereichen durch weitere personalwirtschaftliche Maßnahmen zu erwirtschaftenden höheren Steigerungsraten evtl. diese Bedarfe.

Die nachstehenden Abbildungen zeigen die auf der Ebene der Produktpläne aggregierten Ergebnisse der Personalplanung. In der sektoralen Darstellung kommt neben den zuvor genannten Elementen der Personalplanung ein weiteres Element hinzu. Die Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst wird zentral durchgeführt. Nach Abschluss der Ausbildung oder der Anwärterzeit werden die Anwärter des allgemeinen Verwaltungsdienstes solange aus dem Bereich Allgemeine Bewilligungen finanziert, bis sie von den Dienststellen auf Planstellen übernommen werden. In Zeiten tiefgreifender Einsparungen im Personalbereich wird die Übernahme dieser Personen deutlich erschwert.

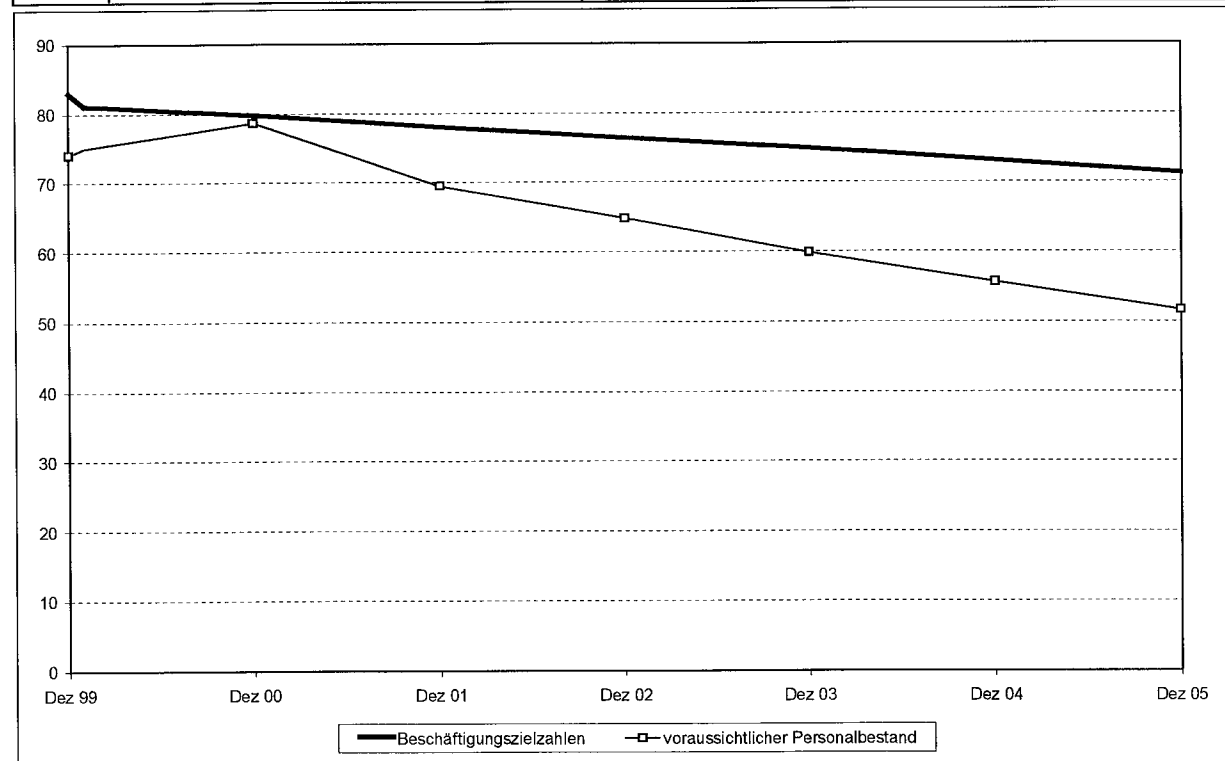
Schaubilder: Personalplanung bis 2005 nach Produktplänen

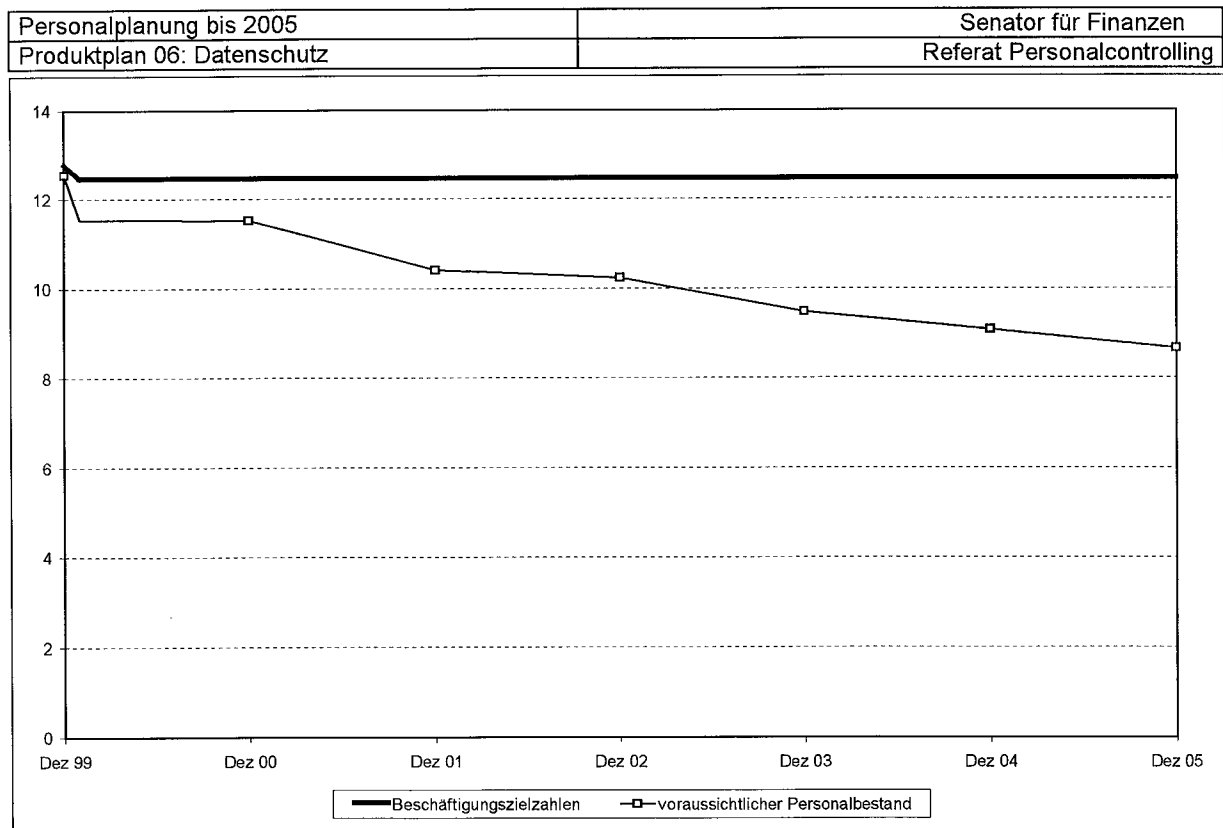
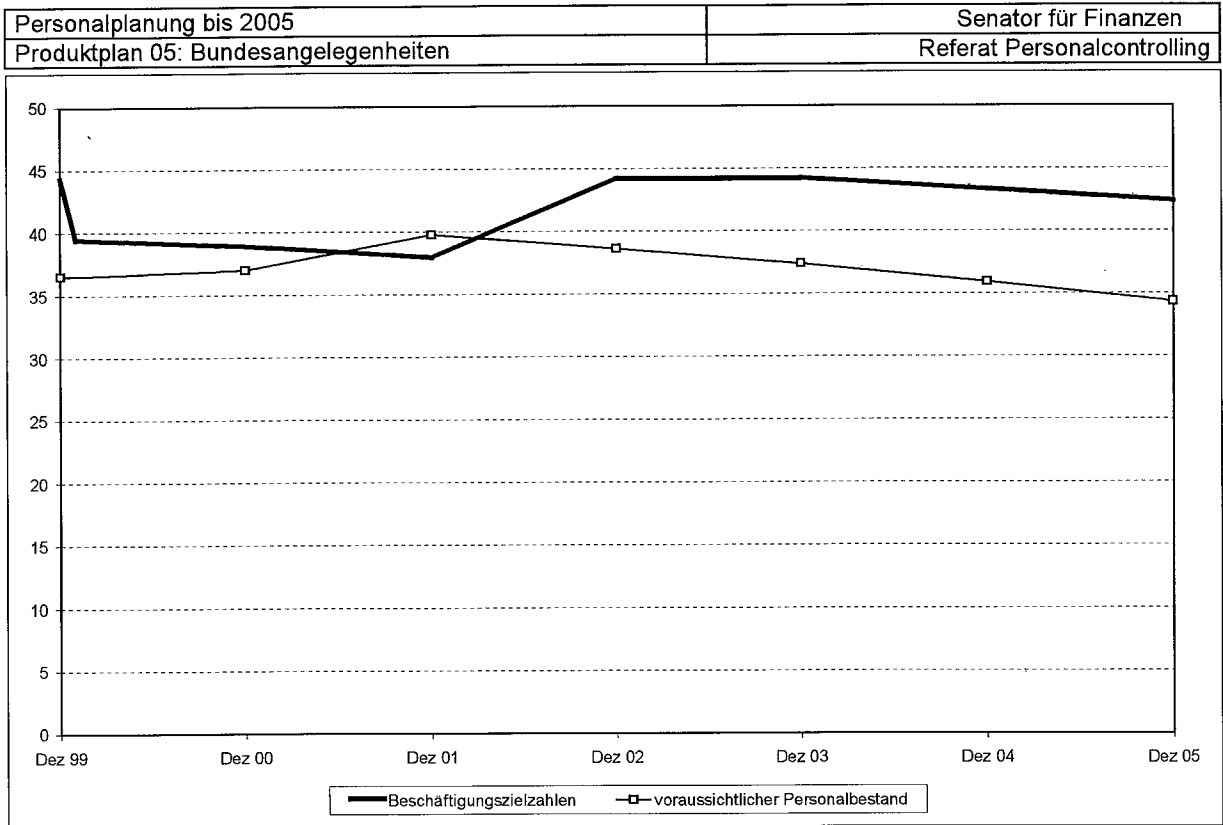


Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 02: Rechnungshof	Referat Personalcontrolling

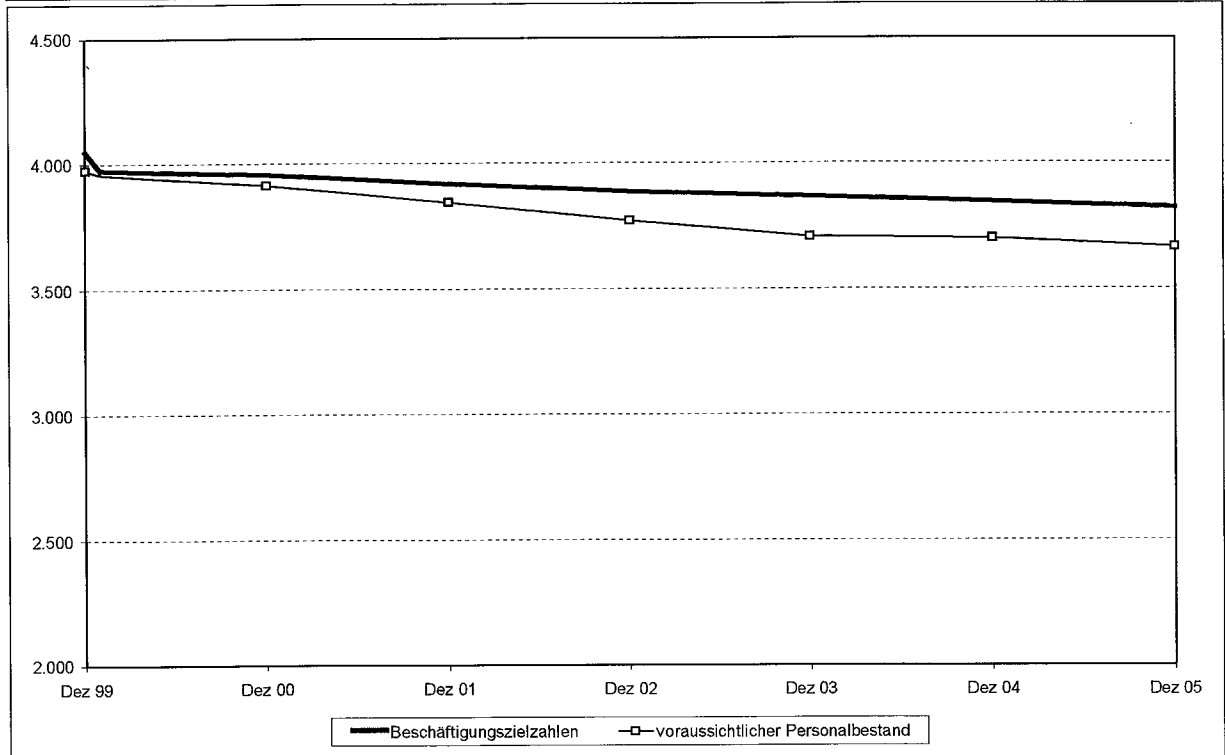


Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 03: Senat und Senatskanzlei	Referat Personalcontrolling

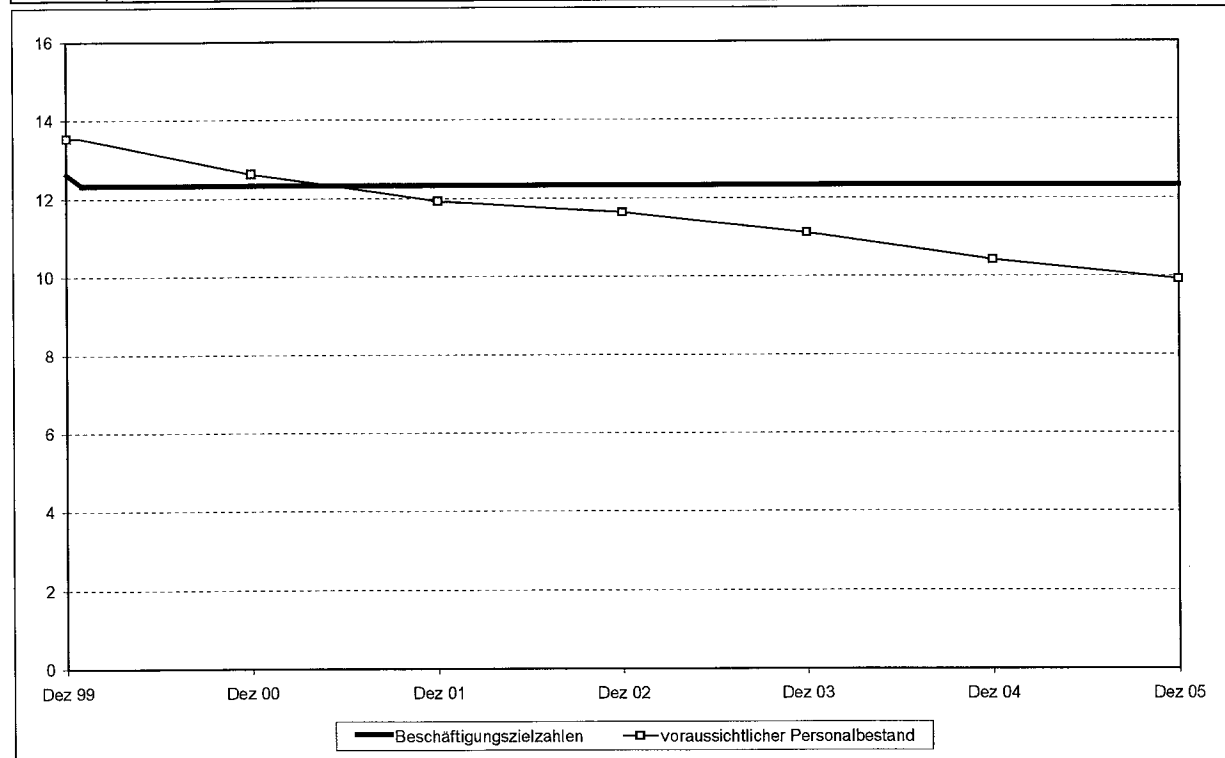




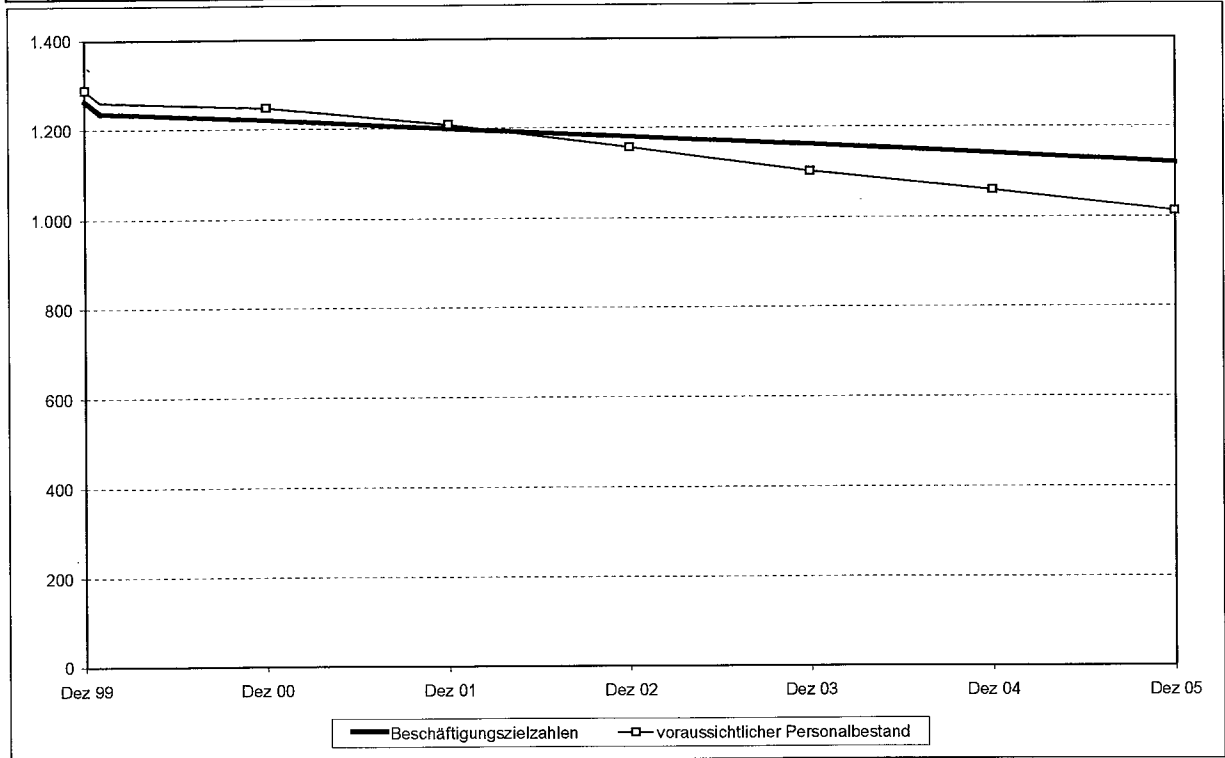
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 07: Inneres	Referat Personalcontrolling



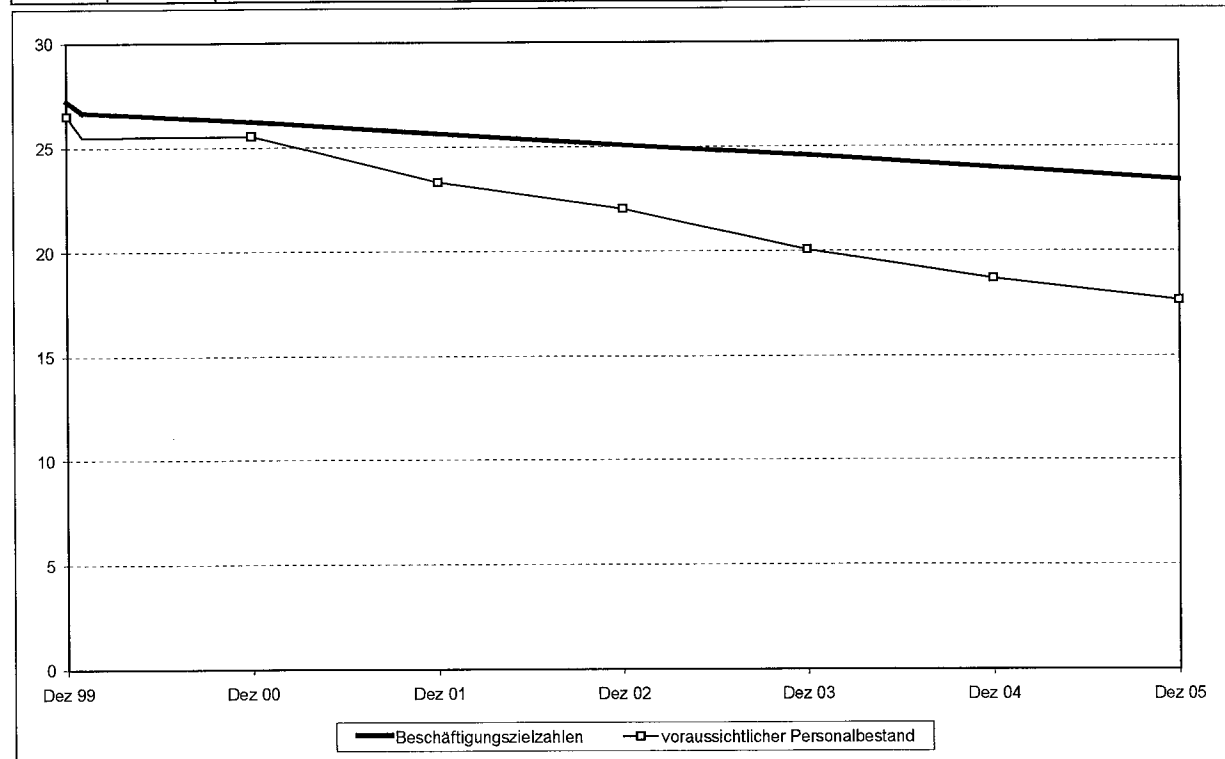
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 08: Gleichberechtigung der Frau	Referat Personalcontrolling



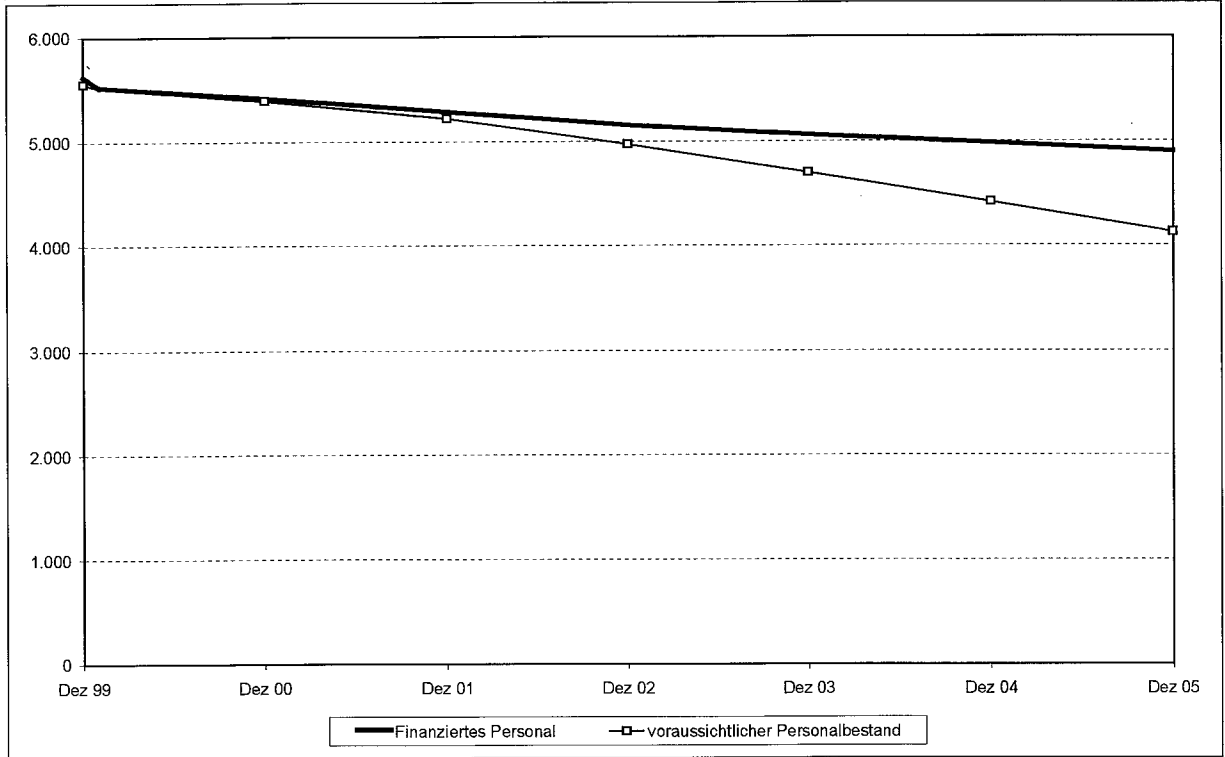
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 11: Justiz	Referat Personalcontrolling



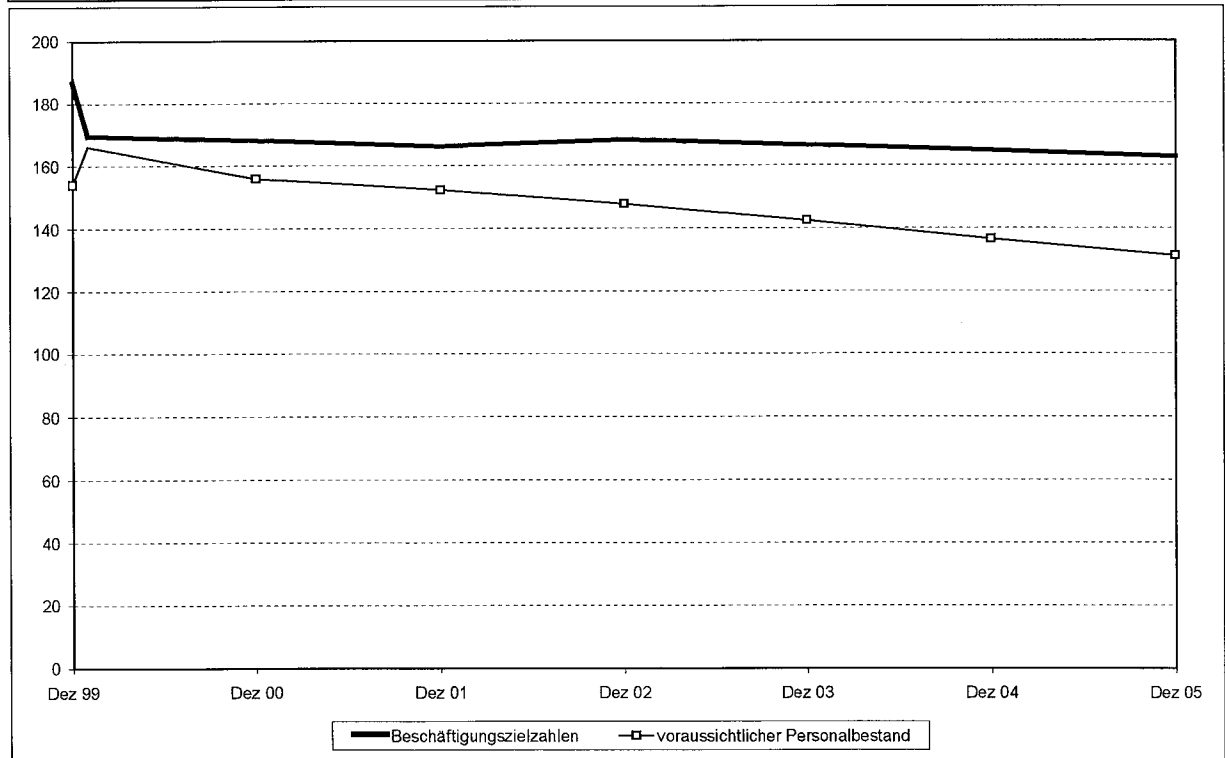
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 12: Sport	Referat Personalcontrolling



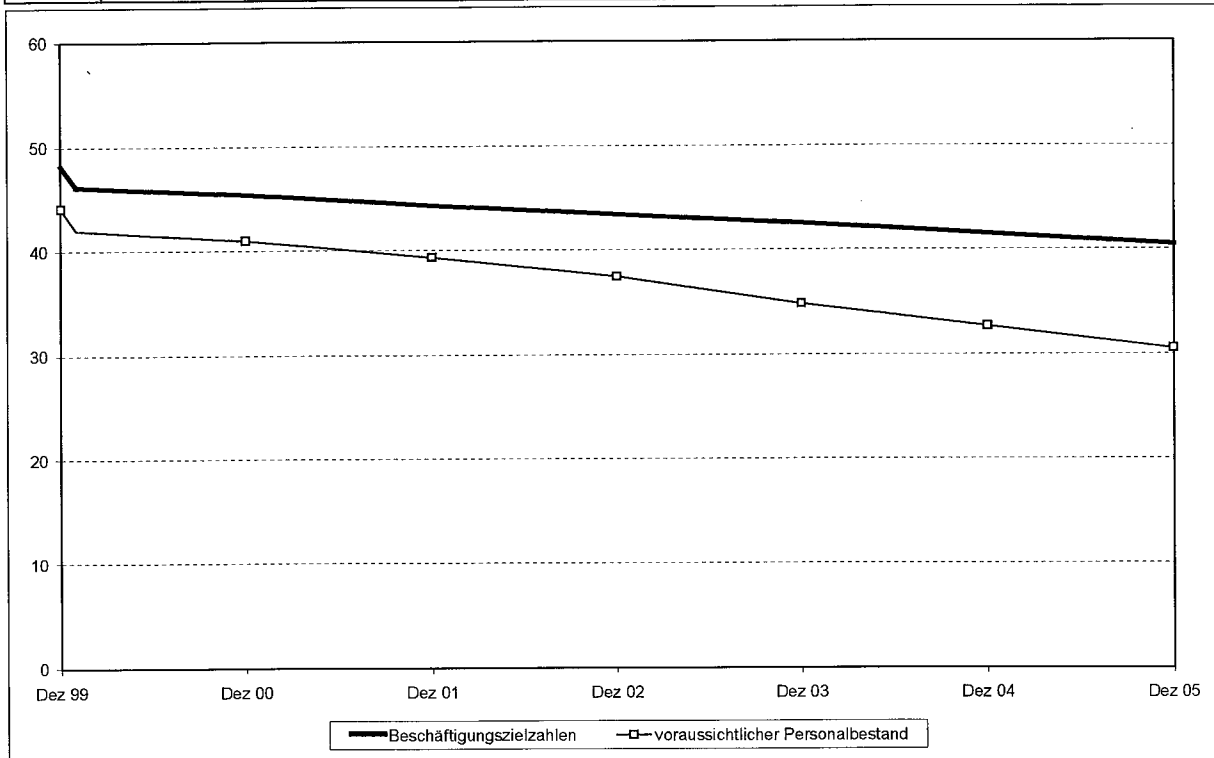
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 21: Bildung	Referat Personalcontrolling



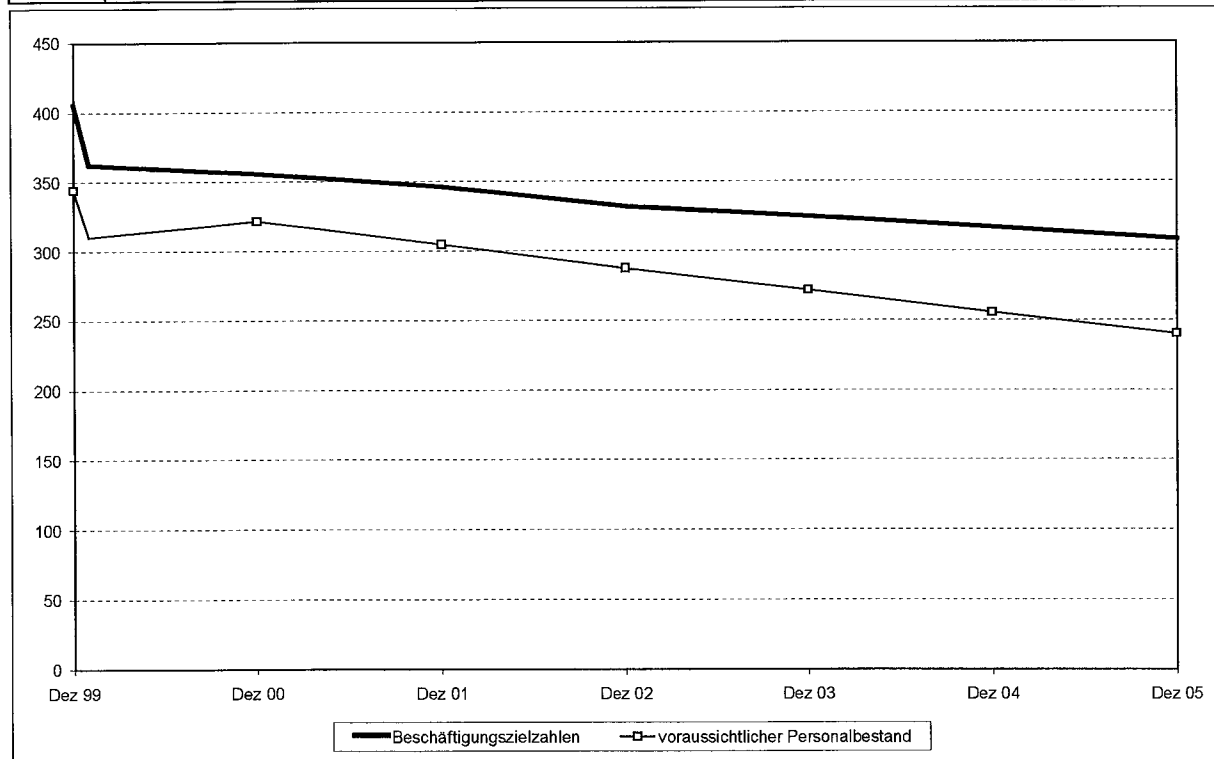
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 22: Kultur	Referat Personalcontrolling

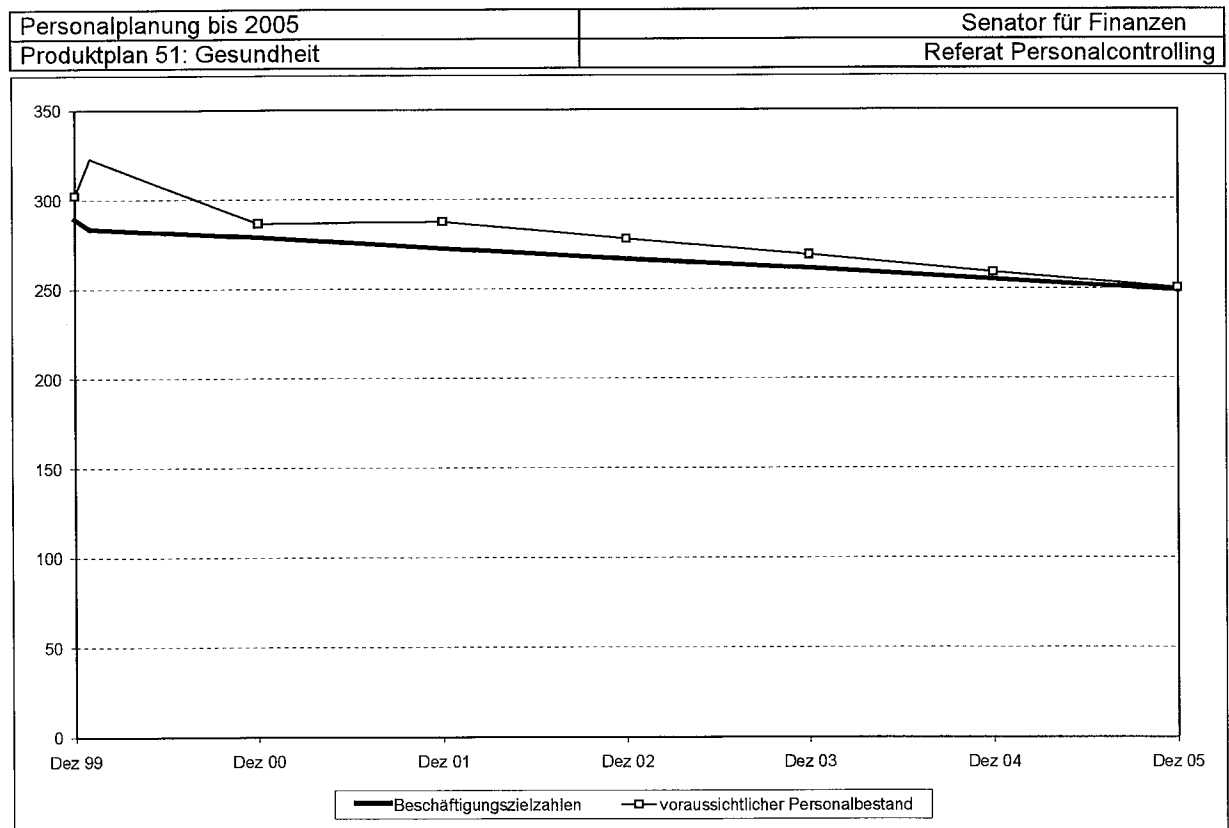
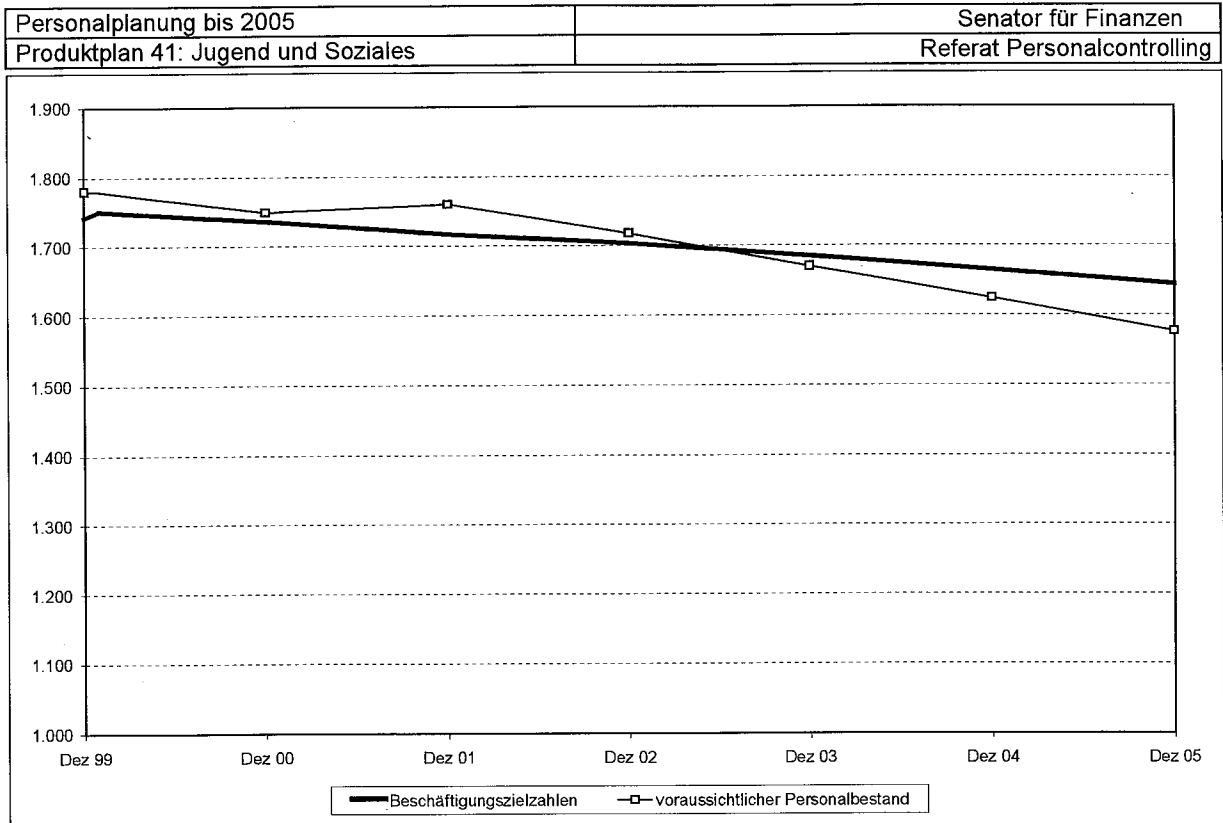


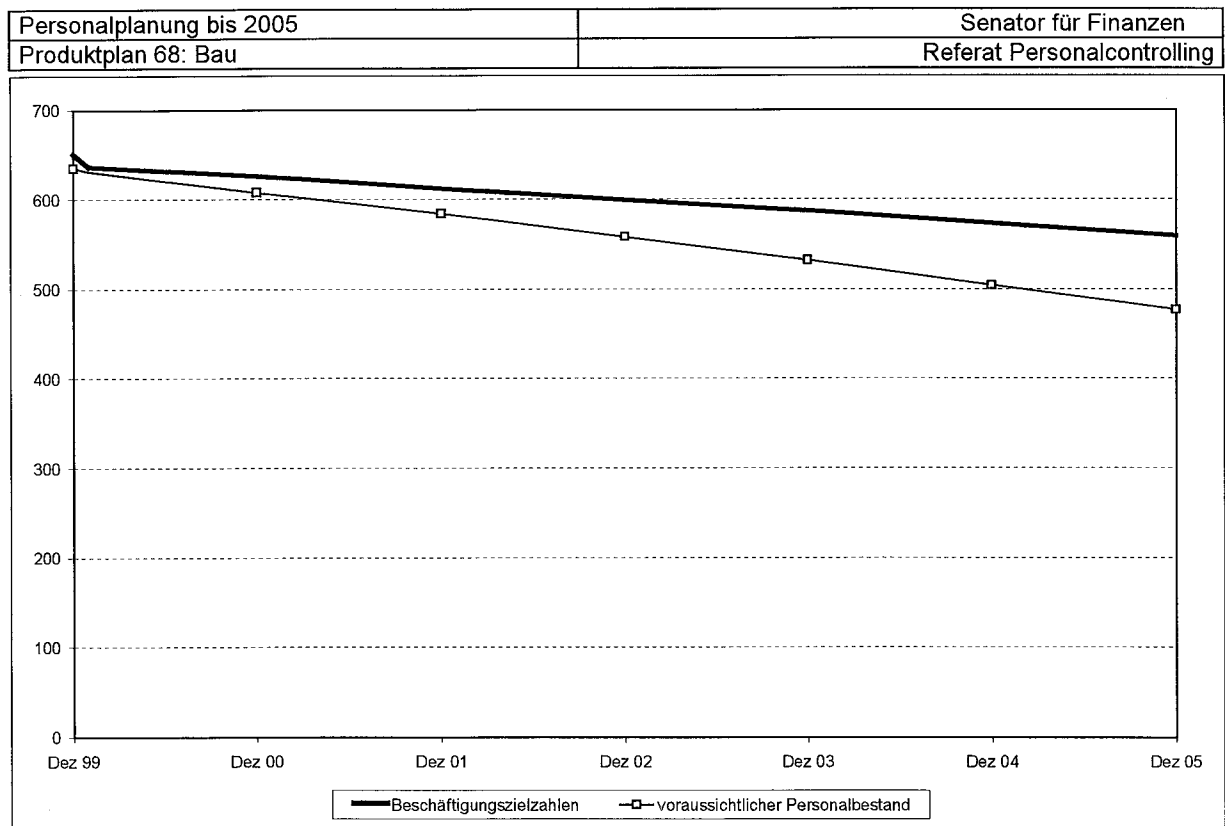
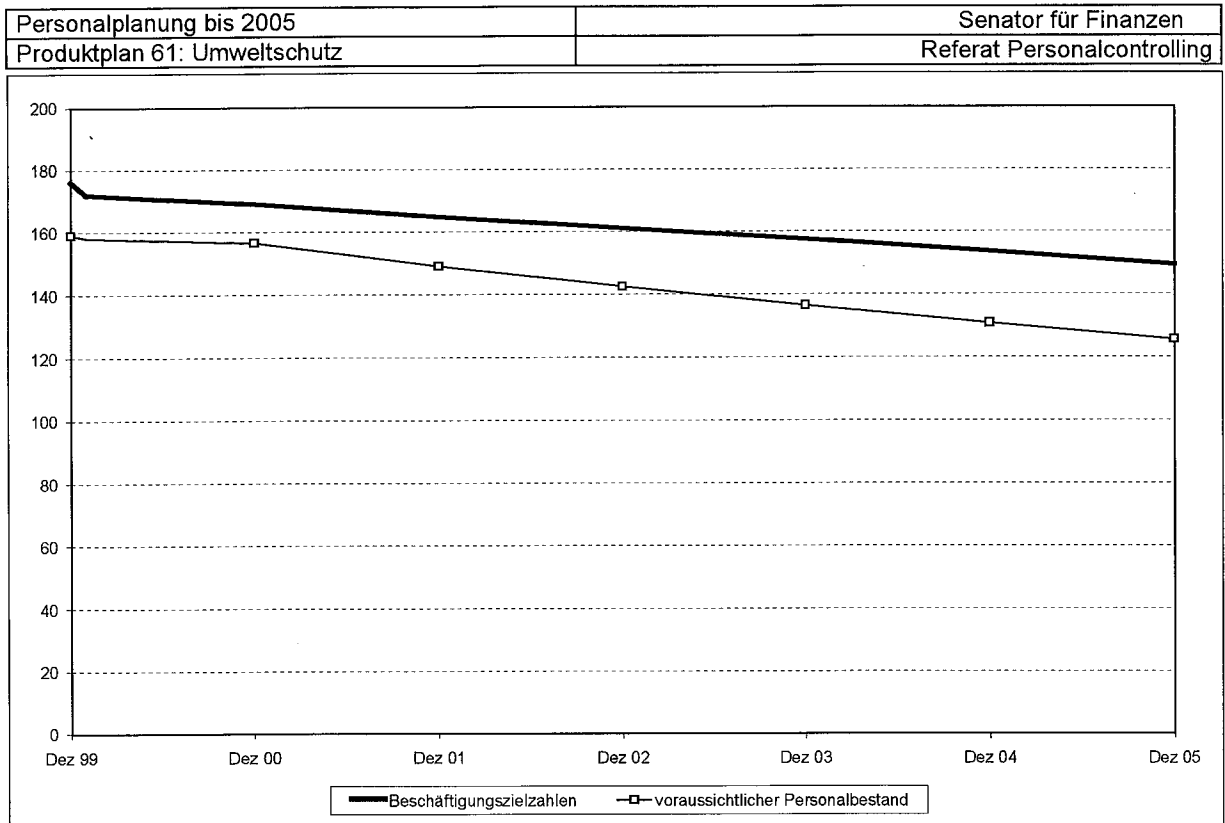
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 24: Hochschulen und Forschung	Referat Personalcontrolling



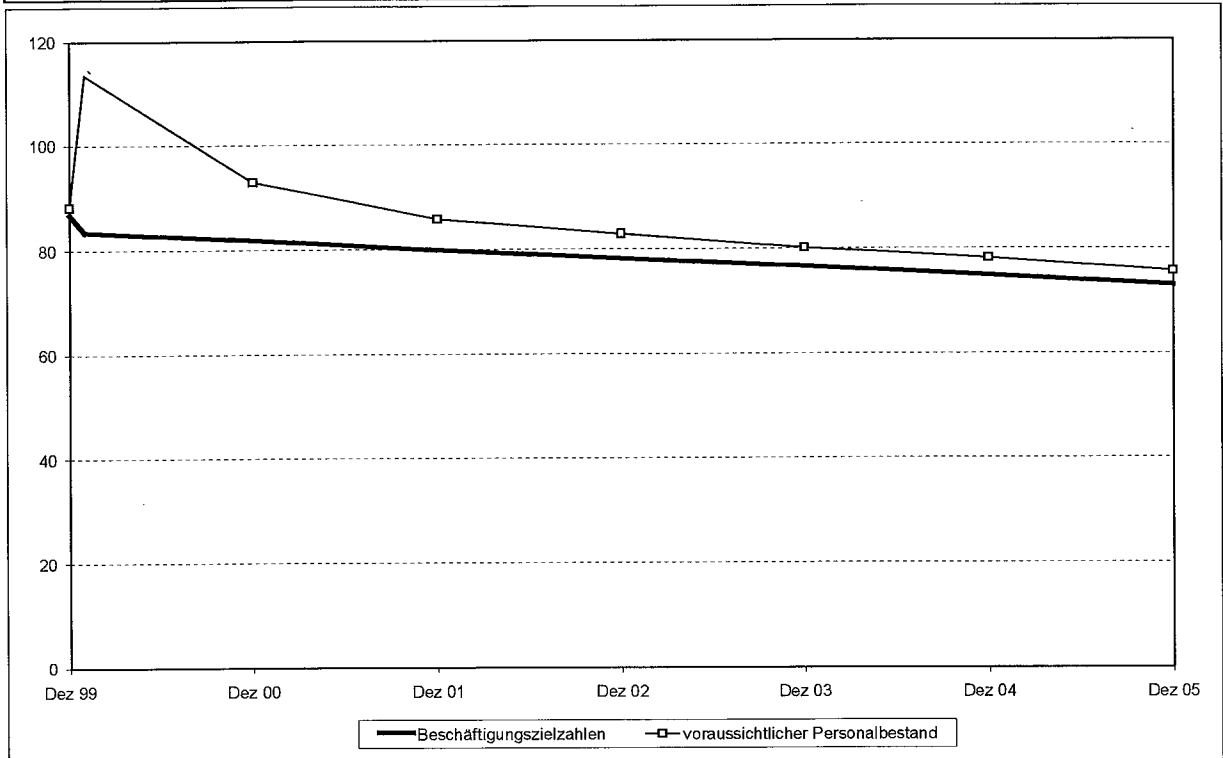
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 31: Arbeit	Referat Personalcontrolling



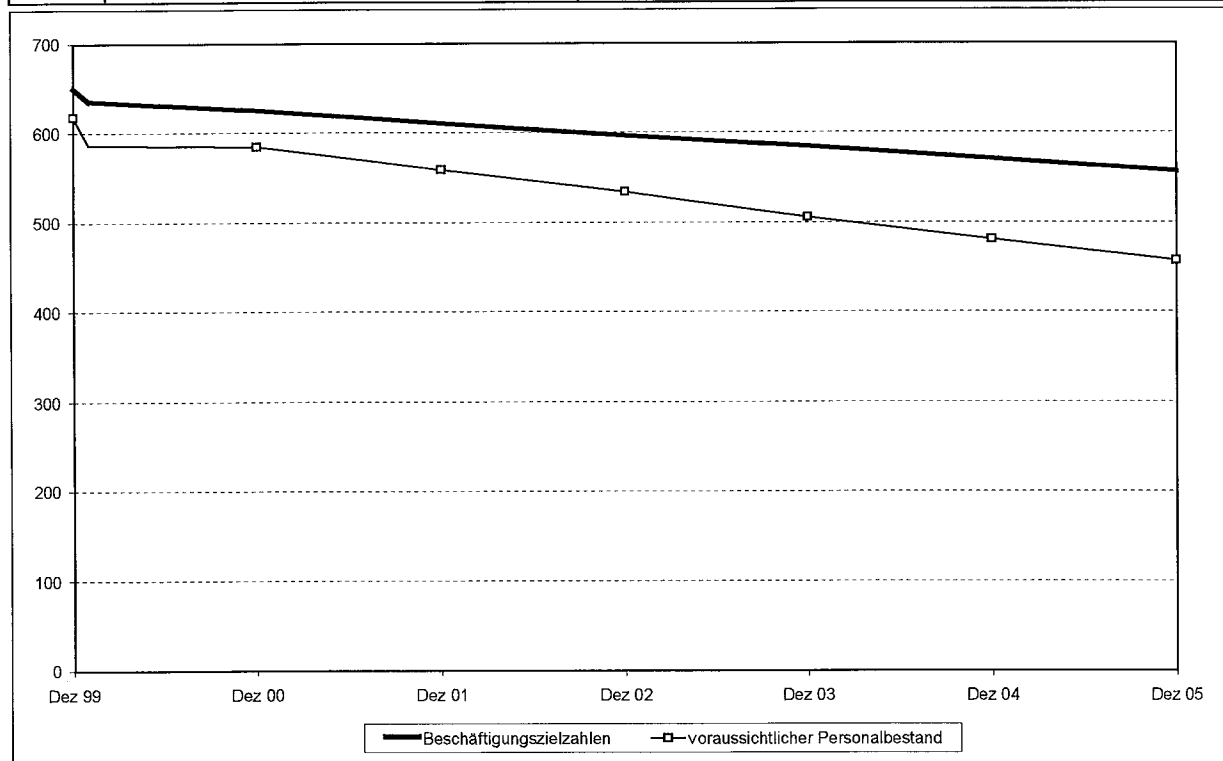




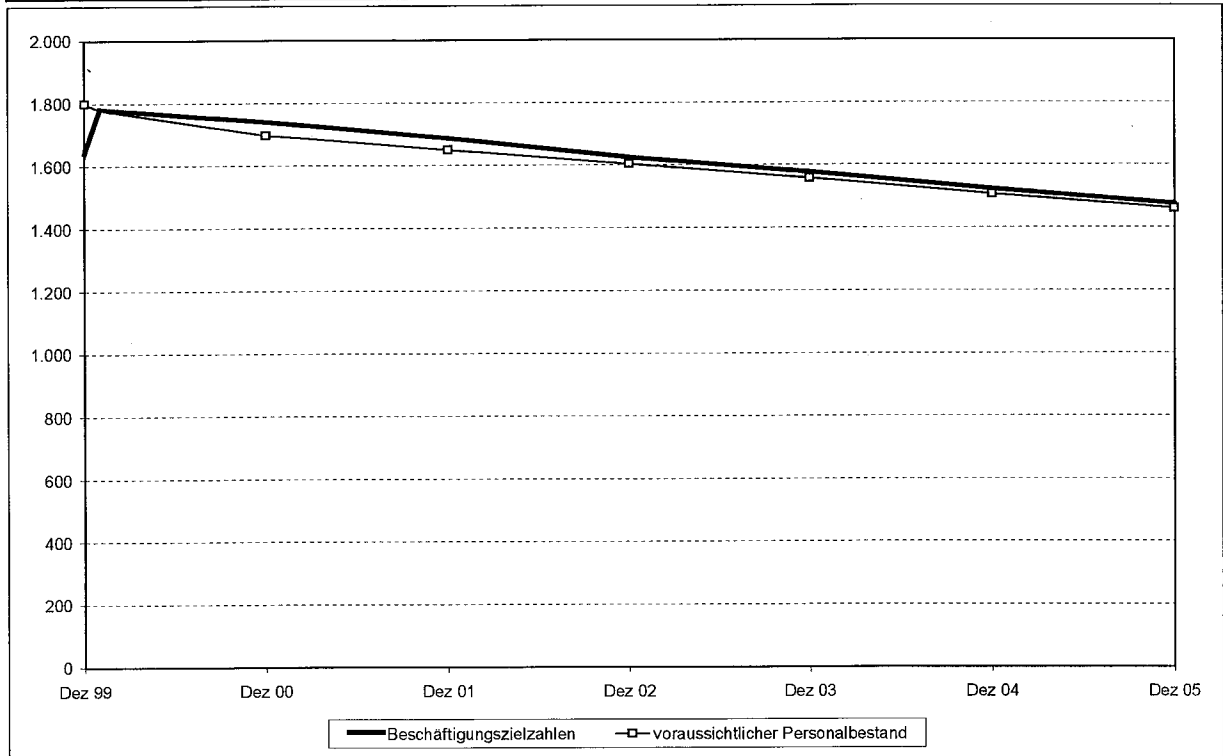
Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 71: Wirtschaft	Referat Personalcontrolling



Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 81: Häfen	Referat Personalcontrolling



Personalplanung bis 2005	Senator für Finanzen
Produktplan 91: Finanzen / Personal*	Referat Personalcontrolling



* Der Anstieg 2000 resultiert aus der technischen Anpassung der Zielzahl bei den Allgemeinen Bewilligungen an das finanzierte Beschäftigungsvolumen und der Auflösung der globalen Risikorückstellung für den Steuerbereich gegen volle Fluktuationsabschöpfung bis 2005 entsprechend den Eckwertbeschlüssen des Senats vom 05.10.99

2.5 Prognose des Versorgungsvolumens

Die Prognose der Personalabgänge (Fluktuation) aus dem aktiven Personalbestand bis 2005 (vgl. Abschnitt 2.2) ist ein Bestandteil für die Bestimmung des zukünftigen Versorgungsvolumens. Ähnlich wie die Personalplanung für den aktiven Bereich beruht die Prognose des Versorgungsvolumens auf drei Bausteinen:

- **Ermittlung des Bestands (Versorgungsvolumen)**

Das Versorgungsvolumen gewährleistet als „einheitliche „Maßeinheit“ die Verbindung zwischen künftigen und vorhandenen Versorgungsempfängern sowie die Verknüpfung von Versorgungsempfängern mit den Versorgungsausgaben. Es ergibt sich aus dem Verhältnis der Versorgungsbezüge des einzelnen Versorgungsempfängers, die als Bruttobetrag an ihn zur Auszahlung gelangen zu seinen ruhegehaltfähigen Dienstbezügen in der Beamtenversorgung bzw. dem ruhegeldfähigen Arbeitsentgelt in der Zusatzversorgung nach dem Bremischen Ruhelohngesetz.

- **Prognose der Versorgungsabgänge (Fluktuation) bis 2005**

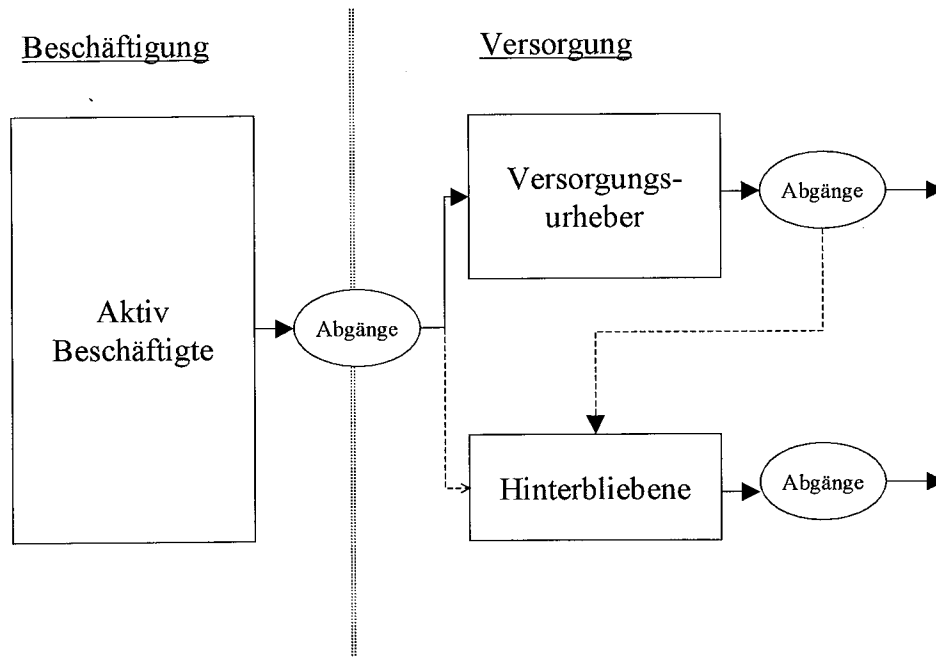
Die Abgänge aus der Versorgung erfolgen im Allgemeinen aufgrund von Tod eines Versorgungsempfängers; bei Waisen grundsätzlich mit Beendigung der Ausbildung bzw. mit Vollendung des 27. Lebensjahres. Analog zur Fluktuationsprognose für das aktive Beschäftigungsvolumen wird die Prognose des Versorgungsvolumens auf Basis der Sterbewahrscheinlichkeit der einzelnen Versorgungsempfänger, die nach einheitlicher statistischer Auffassung im wesentlichen abhängig vom Alter und Geschlecht ist.

- **Bestimmung der Personalzugänge**

Bei den Zugängen in die Versorgung ist zwischen den Versorgungsurhebern und den Hinterbliebenen zu unterscheiden. Die Zugänge bei den Versorgungsurhebern sind durch die Beendigung des aktiven Beschäftigungsverhältnisses zu verzeichnen, die Zugänge Versorgung der Hinterbliebenen erfolgt hingegen durch Tod eines Versorgungsempfängers bzw. des aktiv Beschäftigten mit Versorgungsansprüchen. Aus diesem Grund wird die Prognose des Versorgungsvolumens für die Anspruchsurheber sowie für die Hinterbliebenen gesondert durchgeführt.

Das umseitige Schaubild zeigt die Beziehungen zwischen aktiver Beschäftigung, Versorgungsurheber sowie Hinterbliebene, die für die Prognose zu berücksichtigen sind.

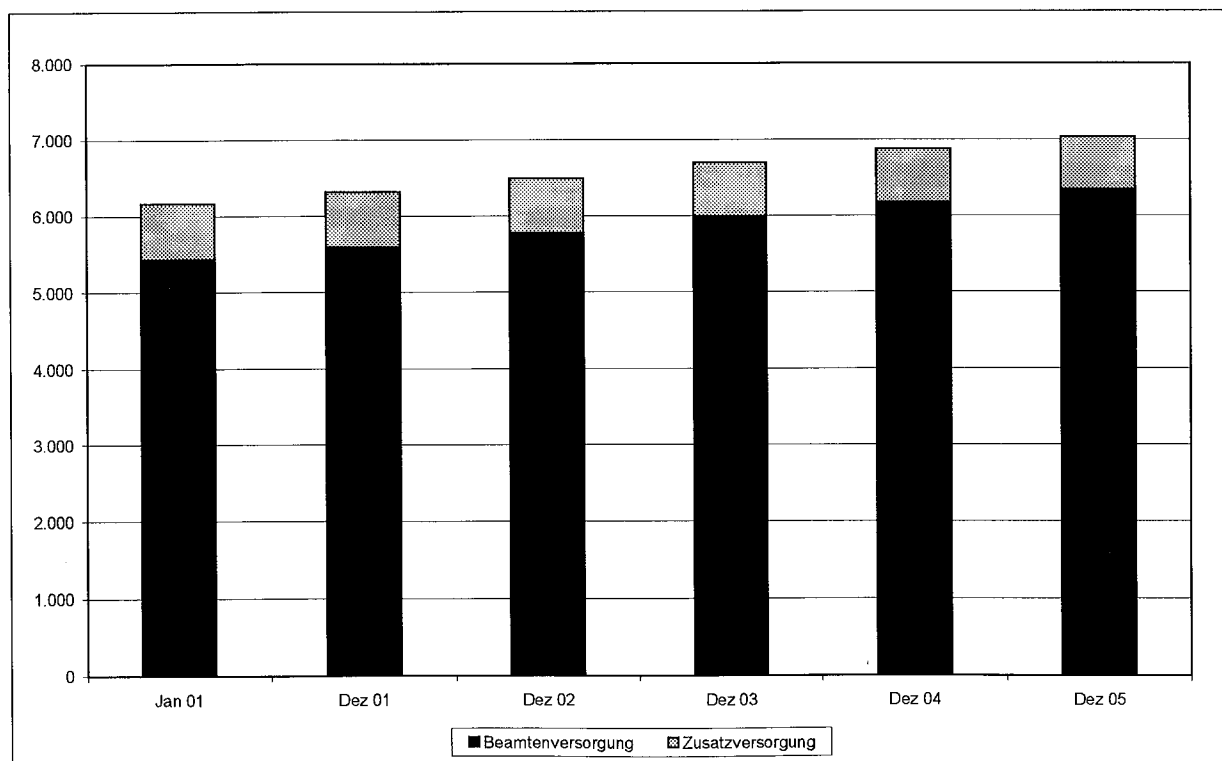
Schaubild: **Prognose des Versorgungsvolumens**



Die Prognose der Bestandsentwicklung mündet in die Bestimmung von Versorgungszielzahlen (Sollbestand). Anders als für den aktiven Bereich, bei dem die Beschäftigungszielzahlen den für die Aufgabenerledigung vorgesehenen Ressourcenrahmen darstellen, entsprechen die Zielzahlen in der Versorgung einer Prognose des voraussichtlichen Versorgungsbestandes.

Das Versorgungsvolumen wird sich bis 2005 wie folgt entwickeln:

Schaubild: **Entwicklung des Versorgungsvolumens bis 2005**



3. Personalstruktur

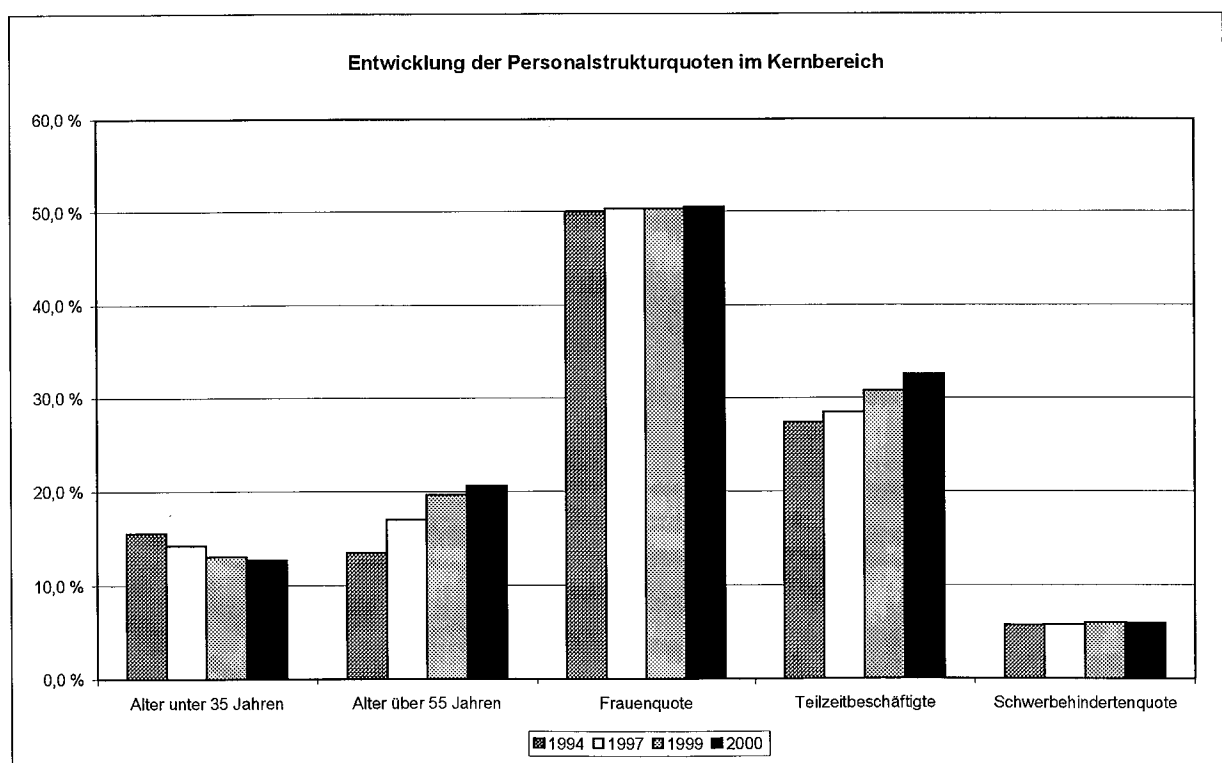
Bei knapper werdenden Ressourcen wird eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur immer stärker zu einem strategischen Faktor eines Unternehmens, von dessen Realisierung der Unternehmenserfolg abhängt. Dies kann auch auf den Öffentlichen Dienst übertragen werden. Die Personalstruktur hat erhebliche Wirkungen auf die sozialen Beziehungen und das individuelle Handeln und ist entscheidend dafür, dass Mitarbeiter ihre Leistungsbereitschaft und -fähigkeit uneingeschränkt entwickeln können. Der Abbau von strukturellen Benachteiligungen ist ein wichtiger Schritt zur Entfaltung der Leistungspotentiale. Aus diesem Grund sollen entsprechend der Koalitionsvereinbarung für die 15. Legislaturperiode ab 2000/01 entstehende personalwirtschaftliche Gestaltungsspielräume gezielt zur Revitalisierung und Optimierung der Personalstruktur genutzt werden.

Bei der Personalstruktur wird die Zusammensetzung des Personalkörpers hinsichtlich bestimmter Merkmale, wie Alter, Geschlecht, Betriebszugehörigkeit, Nationalität, Teilzeitbeschäftigung, Personalgruppe untersucht, wobei diese Dimensionen jeweils in sich und im Verhältnis zueinander ausgewogen sein sollen.

Mit den Produktgruppenhaushalten 2000/01 wurden erstmalig für die sechs nachstehenden Kennzahlen der Personalstruktur Zielvorgaben festgelegt. Entsprechende Sollwerte wurden mit den Entwürfen der Produktgruppenhaushalte 2002/03 vorgelegt. Die Überprüfung der Einhaltung der Strukturvorgaben erfolgt unterjährig im Rahmen des Produktbereichs- und -plancontrollings

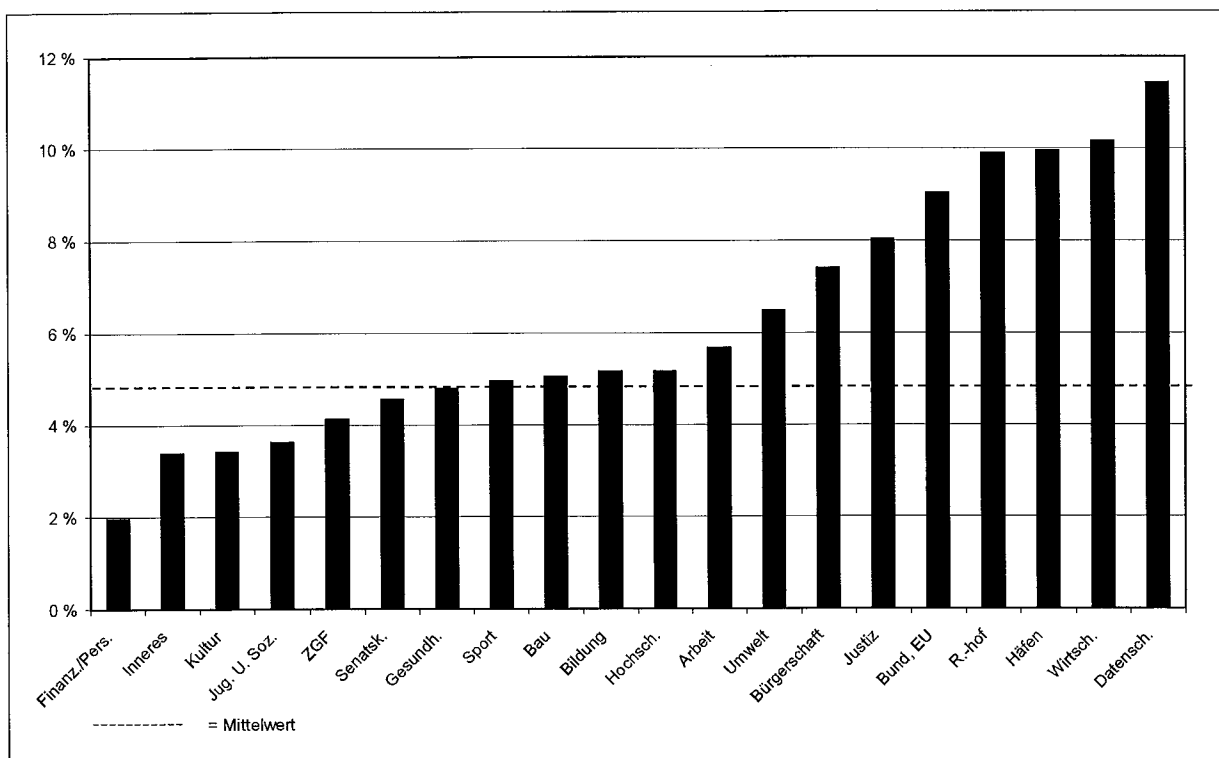
Das folgende Schaubild zeigt die Entwicklung dieser Kennzahlen - mit Ausnahme des Verwaltungspersonalquote, für die erst seit 1999 Daten vorliegen - für den Zeitraum 1994 bis 2000.

Schaubild: **Entwicklung der haushaltsrelevanten Kennzahlen der Personalstruktur (1994 bis 2000)**



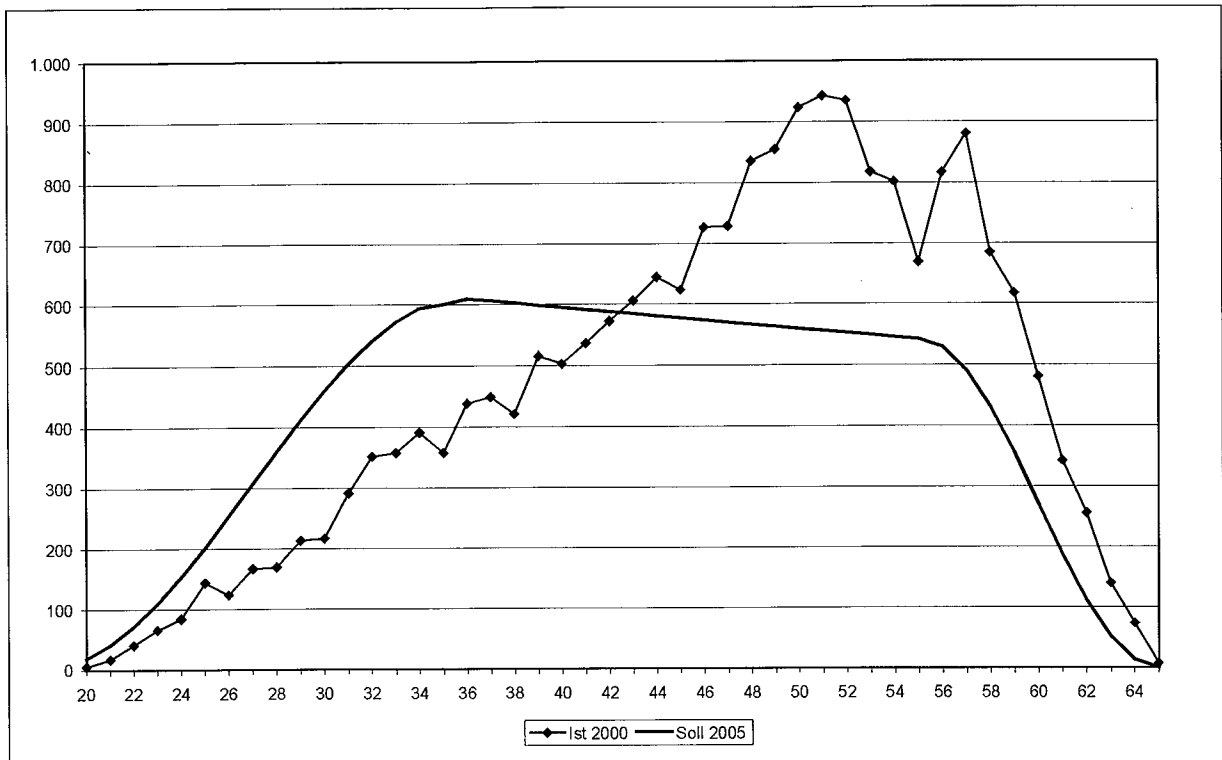
3.1 Verwaltungspersonalquote

Mit der Verwaltungspersonalquote wird der Anteil der Beschäftigten in den Bereichen Haushalt, Personal, Organisation und technikerunterstützter Informationsverarbeitung (Tul) ins Verhältnis zu den Gesamtbeschäftigten in einem Produktplan gesetzt. Dies ist von grundlegender Bedeutung, um zu erkennen, in welchem Umfang personelle Ressourcen für Binnenzwecke der Organisation bzw. für Fachaufgaben eingesetzt werden. Anders als bei den weiteren Kennzahlen, gibt es hierfür noch keinen allgemein gültigen Richtwert oder gar eine gesetzliche Vorgabe. Das nachstehende Schaubild zeigt, daß in der bremischen Verwaltung die Verwaltungsanteile in den Produktplänen von 2 % bis zu fast 11,4 % reichen und ein die Erfordernisse und Besonderheiten der einzelnen Produktpläne berücksichtigender Richtwert dringend erforderlich wird.



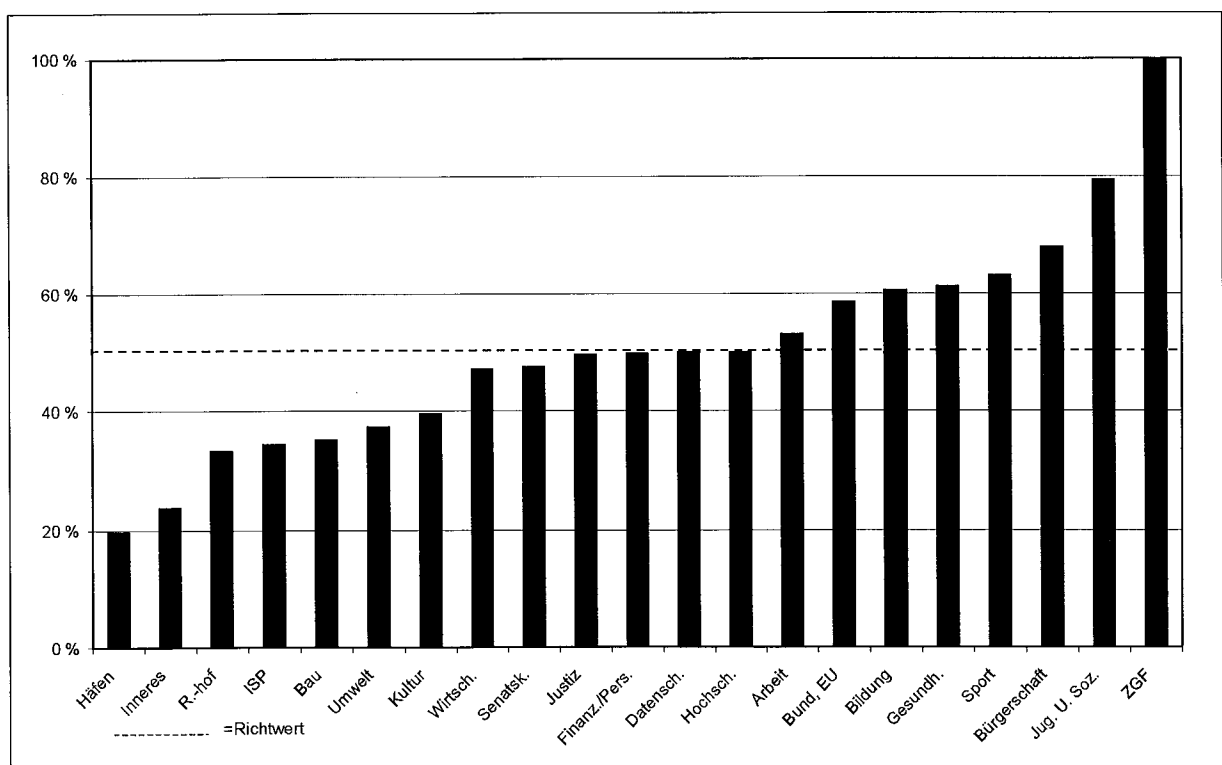
3.2 Alterstruktur

Im Sanierungszeitraum ist die Optimierung der Altersstruktur nach der Koalitionsvereinbarung für die 15. Legislaturperiode ein vorrangiges personalwirtschaftliches Ziel zur Revitalisierung des Personalkörpers. Als Indikatoren dienen die Anteile der Beschäftigten unter 35 Jahre und über 55 Jahre. Das nachstehende Schaubild zeigt, dass am 01.12.2000 12,7 % der Beschäftigten im Kernbereich unter 35 Jahre und 20,6 % über 55 Jahre waren. Die Soll-Linie zeigt dagegen die optimale Verteilung, die Richtwerte von 20-24 % für Beschäftigte unter 35 Jahren von 12-15 % für Beschäftigte über 55 Jahre vorsieht. Bei der konkreten Bestimmung der Planwerte der Dienststellen werden die spezifischen Besonderheiten für den Anpassungspfad berücksichtigt.



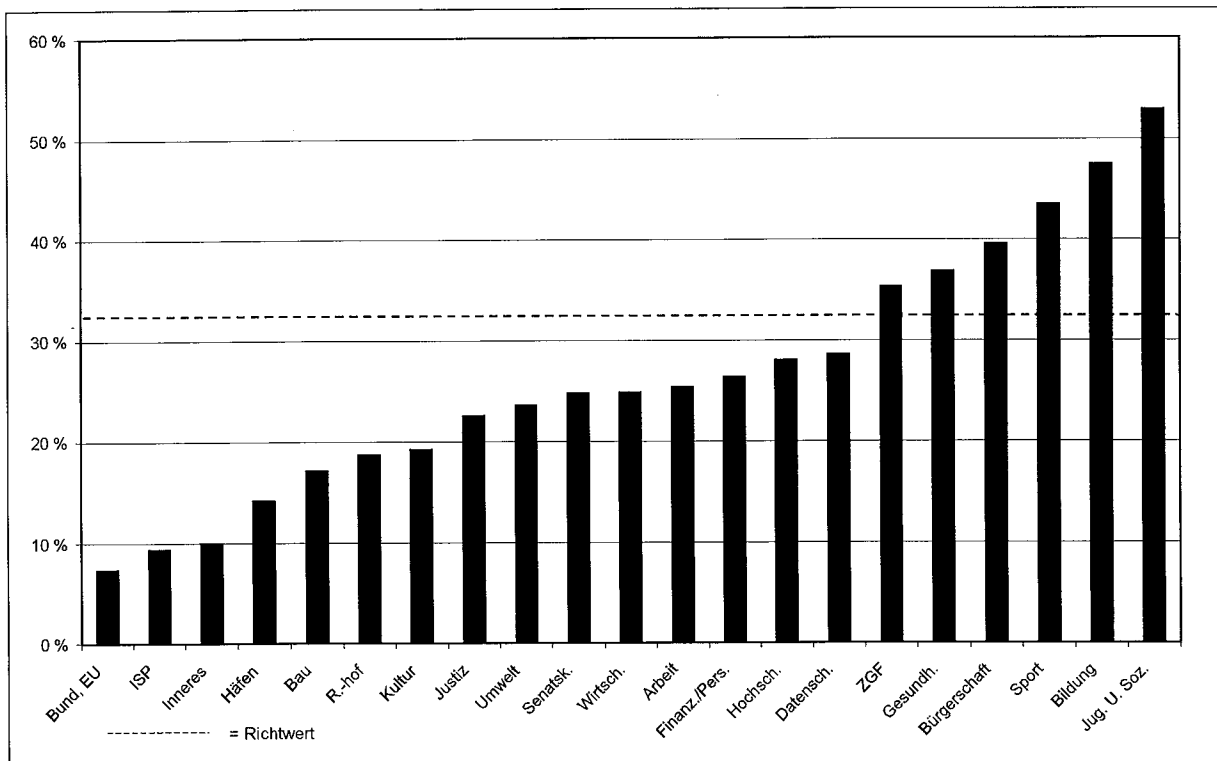
3.3 Frauenquote

Nach dem Landesgleichstellungsgesetz ist ein ausgewogener Anteil an Männern und Frauen vorgesehen. Der Richtwert für die Frauenquote beträgt somit 50 % und wurde am 01.12.2000 mit einem Frauenanteil von 50,5 % im Kernbereich des bremischen Öffentlichen Dienstes erfüllt. Ziel ist es, die Vorgabe nicht nur über insgesamt, sondern in allen Bereichen zu erfüllen und Frauenförderung als Querschnittsaufgabe zu etablieren. Das nachstehende Schaubild zeigt, in welchen Produktplänen die Frauen bislang über- oder unterrepräsentiert sind.



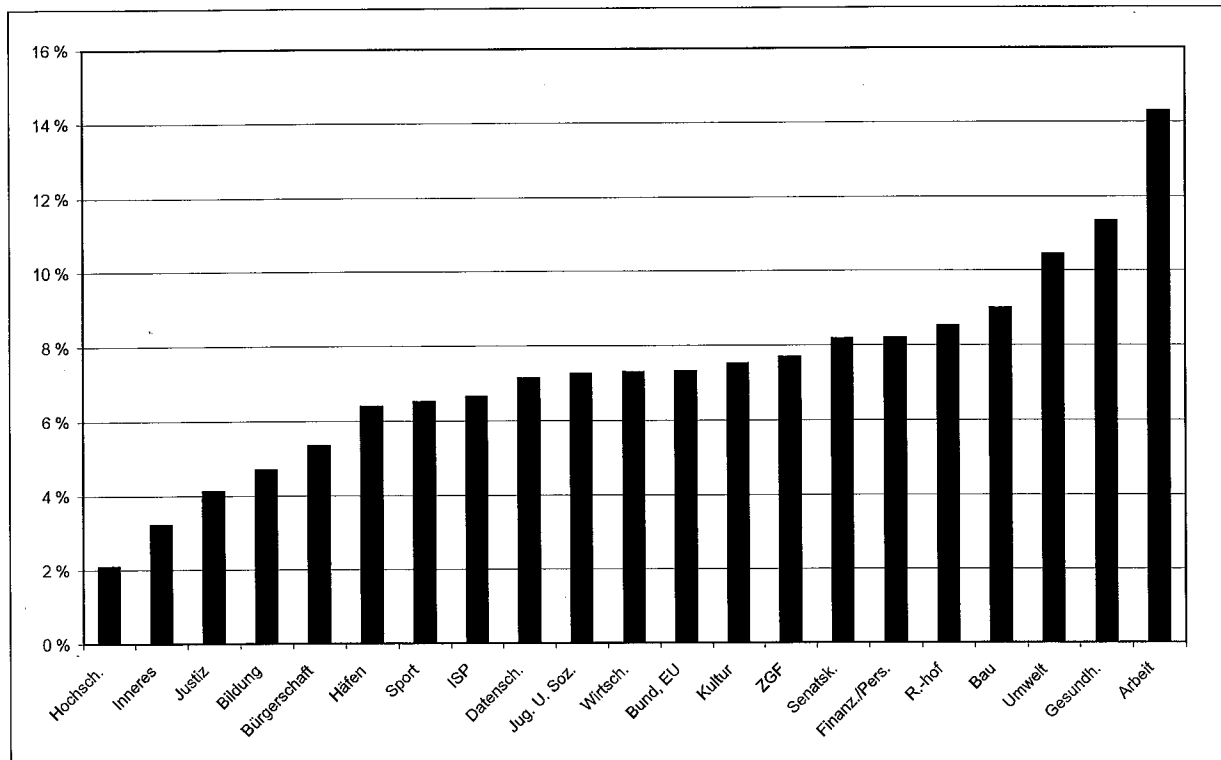
3.4 Teilzeitquote

Nach der Koalitionsvereinbarung für die 15. Legislaturperiode soll das Volumen öffentlicher Beschäftigung trotz der erforderlichen Personalkostenreduzierungen tendenziell aufrecht erhalten werden. Hierzu sind u. a. $\frac{3}{4}$ -Stellen, Teilzeitbeschäftigung sowie Jahres- und Lebensarbeitszeitmodelle mit einem Einstieg als Teilzeitkraft und späterer Aufstockung der Wochenstunden vorzusehen. Außerdem sollen Effekte aus den Regelungen über die Altersteilzeit zu beschäftigungspolitischen Impulsen und zur gezielten Nachwuchsgewinnung genutzt werden. Das nachstehende Schaubild zeigt, daß trotz einer Teilzeitquote von 32,7 % über insgesamt, die Teilzeitquote in vielen Produktplänen – zum Teil personalgruppen-spezifisch begründet – hinter dem kurzfristigen Mindest- bzw. Richtwert von 32 % in 2002 bzw. 34 % in 2003 liegt.



3.5 Schwerbehindertenquote

Die nach dem Schwerbehindertengesetz von Bremen zu erfüllende bundeseinheitliche Quote von 6 % wurde mit 5,9 % zum 01.12.2000 nicht erfüllt. Ab 2001 gilt eine bundeseinheitliche Quote von 5 %.



4. Stellenentwicklung

Da die für jedes Jahr festgelegten Stellenkürzungen nur nach erfolgten Personalabgängen im Laufe des jeweiligen Jahres konkretisiert werden konnten, erschien der entsprechende Stellenrückgang erst in den Stellenplänen des (über)nächsten Jahres. Die jeweils noch offene Stellenreduzierung war in den Stellenplänen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bislang durch den allgemeinen Haushaltsvermerk Nr. 1 als Auflage vorangestellt (vgl. auch Stellenpläne 2000/2001). Zuletzt ist eine Bereinigung der Stellenpläne durch die entsprechenden Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse vom 08. September 2000 und vom 19. Januar 2001 erfolgt. Danach verblieben noch rd. 377 Stellen an offenen Einsparungen (Rest PEP 2000 sowie Quote PEP 2001).

Mit Senatsbeschluß vom 19.06.01 ist die „Restrukturierung der Stellenpläne“ beschlossen worden. Hiermit sollen die Stellenpläne u. a. deutlicher und schneller an die durch Zielzahlen und Budgets bestimmten Ziele herangeführt werden. Konkret bedeutet dies, dass bei der Aufstellung der Haushalte 2002/2003 die Gesamtzahl der Stellen von der Beschäftigungszielzahl abgeleitet und die Aufteilung im Rahmen der vorhandenen Strukturen vorgenommen wurde. Die Ausgestaltung im Detail ist von den Ressorts in dezentraler Verantwortung wahrgenommen worden.

Die Entwicklung der Stellenpläne ist damit nunmehr direkt an die jeweiligen Zielzahlen für das Beschäftigungsvolumen gekoppelt; die gleichzeitig eingeräumte Flexibilität hinsichtlich der Umwandlung von Stellen steht dabei unter dem Gebot der Kostenneutralität. Die entsprechenden Vorgaben sind in Tab. 7 dargestellt.